

(A) **Beginn: 10.02 Uhr**

**Präsident Ulrich Schmidt:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer 73. Plenarsitzung und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich begrüße insbesondere unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 15 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren! Heute feiert unsere Kollegin Ursula Monheim von der Fraktion der CDU Geburtstag. Ich gratuliere ihr herzlich. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Bevor wir mit unseren heutigen Beratungen beginnen, möchte ich auf eine Änderung zum Beratungsverfahren der vor uns liegenden Haushaltsplanberatungen hinweisen. Nach einer Vereinbarung in der heutigen Sitzung des Ältestenrates wird die Beratung des Einzelplans 13 - Nummer 11 in der Reihenfolge der Einzelpläne - vom Donnerstag auf den heutigen Sitzungstag verlegt, und zwar an das Ende der Tagesordnung nach Einzelplan 01. Wir entsprechen hiermit einem Wunsch der Präsidentin des Landesrechnungshofs.

(B)

Meine Damen und Herren! Wir treten nun in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/2400

Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 12/2580

Beschlußempfehlungen und Berichte  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksachen 12/2601 bis 12/2616

zweite Lesung

in Verbindung damit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften** (C)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/2402  
Vorlage 12/1673

Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 12/2580

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 12/2617

zweite Lesung

Meine Damen und Herren! Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie unserer Tagesordnung entnehmen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß zwischen 13.00 Uhr und 14.00 Uhr heute keine Abstimmungen stattfinden. Nach der Beratung des Einzelplans 13 werden die Haushaltsberatungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

(D)

Ich rufe auf:

**Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr**

Ich eröffne die Beratung mit dem Bereich

**a) Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

und erteile dem Abgeordneten Laurenz Meyer von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums hat leider Gottes in diesem Jahr und für das kommende Jahr einmal wieder, wie wir es schon öfter erlebt haben, als

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) Steinbruch" für die schlechte Haushaltssituation in Nordrhein-Westfalen dienen müssen.

Die Frage, die wir uns zu stellen haben, lautet: Wie paßt eigentlich dieser Wirtschaftshaushalt zu der Schwerpunktsetzung des Landes, die wir für neue Arbeitsplätze brauchen? Hieran gilt es, Wort und Wirklichkeit der Dinge zu messen, die 1996/1997 immer wieder vorgetragen worden sind, insbesondere Themen wie Mittelstandsförderung, Existenzgründungen, Ausbildung, Risikokapital. In all diesen Punkten sind im Haushaltsplan die Ansätze gegenüber dem Vorjahr sogar noch gekürzt worden.

Meine Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, wie paßt es eigentlich zusammen, daß Sie im Kabinett zulassen, daß in diesem entscheidenden Punkte Ihre Ansätze gekürzt werden, wenn die SPD-Fraktion anschließend auf Intervention von Wirtschaftsverbänden Korrekturen vorschlagen muß, gegen die sich zu wehren Sie offensichtlich im Kabinett nicht stark genug waren.

(Beifall bei der CDU)

weil sie offenbar von allen Beteiligten mindestens in der Höhe für notwendig gehalten werden?

- (B) Der Haushalt 1998 wird noch stärker als die vergangenen Haushalte von der EU-Förderung und von Bundesmitteln leben. Lassen Sie mich in dem Zusammenhang - es wird Sie sicher freuen, Herr Wirtschaftsminister - klar sagen: Wir wollen gemeinsam mit Ihnen dafür kämpfen, daß es in Nordrhein-Westfalen keine Kürzung der regionalen Wirtschaftsförderungsmittel gibt, wie es beabsichtigt ist. Das ist unsere klare Forderung nach Bonn in der jetzigen Situation.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere nach den Abmachungen zur Steinkohle gehen wir davon aus, daß diese Mittel für Nordrhein-Westfalen nicht gekürzt werden dürfen, so daß Sie auch - das ist auch ein Teil unserer Begründung, aber nicht der ausschließliche - nicht in die Lage versetzt werden, auch in diesem Punkt die Schuld wieder ausschließlich nach Bonn zu schieben, obwohl Sie für regionale Entwicklung hier im Lande zuständig sind.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns einmal der Analyse der derzeitigen Lage in Nordrhein-Westfalen widmen. Herr Kollege Hombach, ich bitte Sie, darauf gleich einzugehen und das nicht wieder schönzureden.

(C) Wir haben gute Voraussetzungen. Dabei handelt es sich - das will ich vorausschicken, weil es wichtig ist - um die Qualität und Ausbildung der Arbeitnehmerschaft. Wir haben eine sehr kooperative und konsensfähige Unternehmerschaft und Gewerkschaften. Gemeinsam mit der Politik sind sie bereit, Aufgaben vereint anzugehen. Unsere Lage in Europa - insbesondere nach dem Fall des Eisernen Vorhangs - hat eigentlich für uns Voraussetzungen geschaffen, die unsere Wirtschaftskraft stärken müßten.

Gleichzeitig - das ist leider die traurige Wahrheit - verzeichnen wir trotz dieser guten Voraussetzungen schlechte Ergebnisse.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich das anhand weniger Beispiele in aller Kürze verdeutlichen: Herr Minister Clement, tun Sie mir doch den Gefallen und hören Sie auf, die Öffentlichkeit mit der absoluten Größe des Landes Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu verschaukeln. Wir müssen auf die Werte pro Einwohner kommen, wenn wir uns mit anderen vergleichen wollen, weil wir nun einmal das einwohnerstärkste Land in der Bundesrepublik Deutschland sind. Unser Bruttosozialprodukt je Einwohner lag 1996 bei 44 000 DM. Der Durchschnitt für die alten Bundesländer betrug 47 000 DM; das machte also einen Unterschied von 7,5 % aus. Mit Bayern und Baden-Württemberg will ich uns gar nicht erst vergleichen, sondern nur mit dem Durchschnitt. Wir wollen doch vorne sein, nicht auf den hinteren Tabellenplätzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich trage ganz aktuelle Zahlen vom Dezember 1997 vor. Einer der Gründe geht auf die Kernaussagen eines Gutachtens zurück. Ich weiß allerdings nicht, ob alle Kollegen der Enquete-Kommission bereits Gelegenheit hatten, dieses Gutachten zu lesen. Es handelt sich um das Gutachten von Schmid und Blancke, das für die Enquete-Kommission erstellt worden ist. Dort - ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren - heißt es wörtlich:

"Die Situation in Nordrhein-Westfalen ist in einigen Aspekten noch alarmierender, als es die Arbeitslosenquote ausdrückt."

Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen liegt mit 11,4 % um 1,3 % über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Bei Beachtung

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) der Erwerbstätigenzahl wird diese Bilanz erheblich schlechter. In Nordrhein-Westfalen sind - man höre - nur 44,8 % der erwerbsfähigen Personen auch erwerbstätig und in Arbeit. Nur 44,8 %!

Herr Minister, noch ein Beispiel, damit ich Nordrhein-Westfalen nicht nur mit Bayern vergleiche: In Mecklenburg-Vorpommern sind 53,4 % der Bevölkerung in Brot und Arbeit, in Nordrhein-Westfalen lediglich 44 %. Die Erwerbsquote in den ostdeutschen Ländern liegt deutlich höher als bei uns. Deshalb kommen die Gutachter zu dem Schluß - ich zitiere wieder wörtlich -:

"So sind es nicht mehr die ostdeutschen Bundesländer, die die schlechteste arbeitsmarktpolitische Situation zu verzeichnen haben, sondern das Saarland und Nordrhein-Westfalen."

Das muß Sie doch auf die Palme treiben und alarmieren und Schwerpunkte setzen lassen.

Meine Damen und Herren, der zukünftige Bundeswirtschaftsminister und der zukünftige Bundeskanzler befinden sich einträchtig an der Spitze der Negativbilanz.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren, auch bei den Langzeitarbeitslosen haben wir eine ebenso schlechte Quote: 37,4 % der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen sind bereits länger als ein Jahr ohne Arbeit.

(Bodo Hombach [SPD]: Wenn das der Helmut Kohl hört, ist er stinksauer.)

Nur das Saarland ist auch in diesem Punkt schlechter als wir.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Minister Clement, auch bei den Ausbildungsplätzen, einem Thema, das Sie in der Öffentlichkeit so nach vorne getragen haben und bei dem wir Sie in vielen Punkten unterstützt haben, entspricht Ihre Bilanz, gemessen an den Taten, nicht Ihren Worten. Das ist für uns ein entscheidender Gesichtspunkt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im September 1997 bei den Ausbildungsplätzen pro 100.000 Einwohner 672 Plätze verzeichnen können. Der Durchschnitt der alten Länder liegt bei 717. Wir haben weniger Ausbildungsplätze pro 100.000 Einwohner als der Durchschnitt der deutschen Bundesländer. Der

Selbständigenanteil liegt in der Bundesrepublik im Schnitt um 20 % höher als in Nordrhein-Westfalen. Die Zahl der Patentanmeldungen ist im Bundesdurchschnitt deutlich niedriger als in Baden-Württemberg und Bayern. Bei Wissenschaft und Forschung liegt Nordrhein-Westfalen an drittletzter Stelle, soweit es die Ausgaben je Kopf unter allen deutschen Bundesländer betrifft.

Meine Damen und Herren, die ausländischen Direktinvestitionen fallen niedriger aus. Angesichts dessen können Sie sich nicht mit der Bilanz seit Kriegsende schmücken. Überdurchschnittlich sind wir lediglich bei den Schulden, der Kreditfinanzierung und den Zinsausgaben.

Was brauchen wir jetzt? - Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für Selbständigkeit, und zwar bis in die Schulen hinein. Wir brauchen weniger Bürokratie, weniger Verwaltungsebenen. Und wir brauchen vor allen Dingen eine Wirtschaftspolitik, die endlich bereit ist, Widerstände zu überwinden. Wir brauchen einen starken Wirtschaftsminister, nicht aber einen, der - wie jetzt bei Garzweiler oder der Existenzgründungsoffensive und beim Risikokapital - in die Knie geht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Clement, das ist der Punkt. Denken Sie an Ihren Konflikt mit Frau Behler. Welche Figur haben Sie dort gemacht? - Erst dieser Brandbrief, und dann sind Sie in die Knie gegangen, haben nichts mehr dazu gesagt. Nichts passiert.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen angesichts knapper Haushaltsmittel einen effizienten Mitteleinsatz. Die Gutachten dazu haben wir in der letzten Zeit bekommen. Es ist egal, ob es dabei darum ging, die Beratung zu begutachten oder die Technologiezentren. Alles spricht dafür, daß Sie beim Mitteleinsatz wenig auf Effizienz und Erfolgskontrolle in diesem Land geachtet haben. Das ist das mindeste, was bei knappen Mitteln notwendig ist und möglich sein muß.

Lassen Sie mich das am Fall Garzweiler ganz klar machen: Sie haben hier immer wieder starke Worte gefunden. Nach der SPD-Landesvorstandssitzung sind Sie plötzlich eingeknickt und in dieser Sache zum "Weichei" geworden.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben auch im Kabinett zugestimmt. Ich halte es nicht für einen Skandal, daß Frau Höhn per Gutachten versucht, 2 Millionen Arbeitsplätze zu

(C)

(D)

(Laurenz Meyer [CDU])

(A) verhindern bzw. zu vernichten, sondern ich halte es für einen Skandal, daß Sie dem zustimmen und das Kabinett so etwas einstimmig beschließt.

Sie kürzen hier insgesamt die Gutachten - über alle Haushalte hinweg 20 Millionen DM weniger für Gutachten. Einverstanden! Es werden viel zu viele Gutachten gemacht, und es wird zu wenig entschieden. Aber in einer solchen Situation, in der pauschal 20 Millionen gekürzt werden, ausgerechnet beim Stichwort "Garzweiler" um 2 Millionen DM zu erhöhen, das ist ein echter Skandal für die Arbeitsplätze in diesem Land!

(Beifall bei der CDU)

Ich frage Sie, Herr Minister Clement, und ich fordere Sie auf, dazu gleich Stellung zu nehmen: Welche Schweinereien hat eigentlich die SPD-Landtagsfraktion mit ihrem Vorgehen gegen diese zwei Millionen verhindern wollen?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Welche Schweinereien sollten hier verhindert werden?

(Zurufe von der SPD)

(B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Kollege Meyer, bitte mäßigen Sie sich im Ton.

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Entschuldigung! Herr Präsident, ich nehme den Ausdruck "Schweinereien", wenn er Ihnen zu hart ist, zurück.

Was hat eigentlich die SPD-Fraktion mit ihrem Eintreten an Bösem für die Arbeitnehmer und für das Land verhindern wollen?

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: So ist es! - Beifall bei der CDU)

Herr Minister Clement, was war Ihre Absicht mit dem Wasserrecht im Zuge des Rahmenbetriebsplans? Was war Ihre Absicht?

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Leute betrügen!)

Was hat die SPD-Fraktion in dem Zusammenhang verhindern wollen? Die SPD-Fraktion steht inzwischen - zumindest der Vorsitzende - deutlich mehr als Sie zu den Interessen der Arbeitnehmer in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Und das bei einem Wirtschaftsminister! Das zeigt sich bei den Haushaltsansätzen, das zeigt sich bei Garzweiler. Wo sind Sie mit ihren starken Worten eigentlich geblieben? Nur weil Sie Ihre eigene Karriere im Auge haben,

(Beifall bei der CDU)

wollen Sie hier auf alle möglichen Dinge Rücksicht nehmen. Sie haben Kürzungen zugestimmt bei der Mittelstandsförderung, bei der Meistergründungsprämie, bei der Beratung für Existenzgründer, beim Risikokapital, bei der Berufsausbildung, und Sie stimmen für eine Erhöhung der Gutachten gegen die wasserrechtliche Genehmigung von Garzweiler II.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Mißbrauch von Steuermitteln! - Widerspruch des Ministers Wolfgang Clement)

- Ja, natürlich. Zwei Millionen Mark! Sie wollen mir doch nicht erzählen, Herr Minister Clement,

(Zuruf des Ministers Wolfgang Clement)

Sie wollen mir doch nicht allen Ernstes erzählen, daß, nachdem die obere Wasserbehörde des Regierungspräsidenten Düsseldorf im Sommer dieses Jahres nach Prüfung der wasserrechtlichen Fragen die Zustimmung gegeben hat, Sie jetzt, wenn Sie im Sommer nächsten Jahres die Genehmigung erteilen wollen, mit neuen Gutachten die Sache beschleunigen wollen! Das ist pervers.

(Zuruf von der CDU: Ein Treppenwitz ist das! - Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Meyer, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Meine Damen und Herren, das ist pervers.

(Zurufe von GRÜNEN und SPD)

Herr Minister Clement, ich sage es Ihnen ganz deutlich: Bei einer solchen Bilanz ---

(Zurufe von GRÜNEN und SPD)

Also, der Ausdruck "pervers" paßt nun wirklich.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Meyer, kommen Sie bitte zum Ende.

(C)

(D)

(A) **Laurenz Meyer (CDU)\*:** Ich komme zum Ende.

Herr Minister Clement, bei einer solchen Bilanz sich im Bundestag hinzustellen und anderen gute Ratschläge erteilen zu wollen, das ist nun wirklich die Spitze, die wir erlebt haben. Wir haben Sie immer wieder in Ihren Aussagen unterstützt. Um so enttäuschter sind wir von dem, was Sie wirklich tun.

(Gisela Nacken [GRÜNE]: Mir kommen die Tränen!)

Wir haben Sie immer wieder unterstützt. Deshalb fällt unsere Kritik auch so hart aus.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Meyer, Sie müssen sich gleich noch einmal melden, wenn Sie noch etwas zu sagen haben, in der zweiten Runde. Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Ein Satz noch, Herr Präsident!

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Meyer!

(B)

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Der Haushalt Nordrhein-Westfalens in der Wirtschaftspolitik ist eine Katastrophe für die Arbeitnehmer und das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Das Wort hat der Kollege Hombach für die SPD-Fraktion.

**Bodo Hombach (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Meyer, ich habe einen, ehrlich gesagt, sehr schwerwiegenden Verdacht, aber ich traue mich kaum, ihn auszudrücken. Ich fürchte, Sie haben bei der letzten Bundestagswahl die CDU gewählt, und ich fürchte, was noch schlimmer ist, Sie wollen das noch einmal tun.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ha, ha, ha!)

Das, was wir hier besprechen, ist ohne die Politik in Bonn und ohne das, was wir gegenwärtig an

chaotischer Finanzpolitik aus Bonn erleben, nicht diskutierbar! (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Linssen [CDU]: Ach, ach!)

Das, was an chaotischer Finanzpolitik aus Bonn kommt, ist der Rahmen, vor dem das stattfindet, worüber wir heute diskutieren, nämlich über den Haushalt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Steuern zahlen doch auch viele Unternehmen in Nordrhein-Westfalen nicht!)

- Herr Kollege Linssen, ich bin gerne bereit, den Zusammenhang zwischen dem, was wir diskutieren, und dem, was in Bonn passiert, hier darzulegen. Denn die wirtschaftliche Entwicklung und das, worüber wir reden, sind dadurch gekennzeichnet, daß wir in Bonn insgesamt 134 Milliarden DM Steuererhöhungen hatten, von denen 84 Milliarden DM Steuersenkungen abgehen. Der Bund hat seit 1990 seine Steuereinnahmen um 50 Milliarden DM erhöht. In die Bundeskasse sind jedoch 69 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen geflossen, aber die Länder haben Mindereinnahmen von 14 Milliarden DM und die Städte und Gemeinden Mindereinnahmen von 5 Milliarden DM.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Der Länderanteil ist viel größer geworden!) (D)

Der Bund hat sich - und da erkundigen Sie sich, Herr Linssen! - an der Mineralölsteuer, am Solidarzuschlag, an der Versicherungssteuer und an der Tabaksteuer bedient. Das sind die Fakten. Der Bund kassiert die Steuermehreinnahmen, die ich gerade genannt habe,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

und er beteiligt die Länder und die Gemeinden zu 65 % an den Steuerausfällen. Das ist die Realität. Das sind die Hypotheken der wirtschaftlichen Entwicklung, die unser Land belasten, und das zwingt die Länder zur Haushaltskonsolidierung. Vor diesem Hintergrund findet diese Diskussion statt.

Ich kenne den Kollegen Meyer lange genug. Ich werde auf sein Angebot, gemeinsam gegen den Versuch, die Mittel in der regionalen Wirtschaftsförderung zu kürzen, zurückkommen. Diese Auseinandersetzung werden wir gemeinsam führen.

(Bodo Hombach [SPD])

- (A) Daß er hier die Gelegenheit genutzt hat, über den Haushalt statt über andere, an anderer Stelle zu erörternde Themen zu sprechen, zeigt, daß er hinsichtlich der Haushaltsfragen nicht viel vorzubringen hat. Sonst hätte er das getan.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der vorliegende Haushalt kann also nur unter diesen Handlungszwängen gesehen werden. Der 1998er Haushalt ist tatsächlich ein Balanceakt zwischen Haushaltskonsolidierung und dem notwendigen Ausgabenbedarf für eine aktivierende Wirtschaftspolitik. Das ging ganz zweifellos - hier wie anderswo - nicht ohne Einschnitte. Aber Haushaltskonsolidierung ist in der gegenwärtigen Lage auch ein Gebot der Wirtschaftspolitik. Dem müssen wir uns stellen.

Mit diesem Haushalt, über den wir reden, wollen wir unsere Wirtschaft stärken, im Wettbewerb der Regionen besser bestehen zu können. Wir wollen sehr nachhaltig das Handwerk und den Mittelstand weiterhin unterstützen. Sie wissen das auch. Von dort kommen solche Töne nicht wie die, die Sie, Kollege Meyer, hier von sich geben. Sie wissen, daß wir im Konsens mit den Organisationen der Wirtschaft, des Mittelstandes und des Handwerks sind.

- (B) (Laurenz Meyer [CDU]: Was hat das Handwerk denn geschrieben, Herr Kollege Hombach?)

Wir wollen die Selbständigkeit fördern. Das wird der Minister noch darstellen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr wolltet, aber was habt ihr gemacht?)

- Wir haben das mit dem Haushalt hier auch nachgewiesen. Ich kann Ihnen das an vielen Punkten nachweisen, etwa am Beispiel der Meistergründungsprämie, die wir um 5 Millionen DM auf insgesamt 25 Millionen DM erhöht haben. Sie zitieren so gerne das Beispiel Bayern. In Bayern ist die Meistergründungsprämie mit diesem Haushalt ausfinanziert worden. Wir sind das einzige Bundesland, das die Mittel dafür erhöht hat, um die Kriterien noch zu verbessern. Weil nämlich die zwei Jahre für junge Meister etwas knapp waren, haben wir die Voraussetzung geschaffen, daß das Geld auch für drei Jahre zur Verfügung gestellt werden kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben also die Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung um insgesamt 15 Millionen DM

erhöht. Das kann verhindern, daß die Gebühren für überbetriebliche Ausbildungslehrgänge steigen, die die Betriebe entrichten müssen. Wir sind damit im untersten Bereich dessen, was bundesweit üblich ist. (C)

(Herbert Reul [CDU]: Warum so hektisch?)

Eine weitere Erhöhung bei der Beratungshilfe zur Fortführung von von Stilllegung bedrohten Betrieben ist auch ein erheblicher und wichtiger Posten.

Kollege Meyer weiß, weil er an den Beratungen teilgenommen hat, daß wir im Bereich der Kapitalbeteiligungsgesellschaft Neuss eine Reihe von Zuschüssen gewährt haben, die dann, wenn gelingt, was wir wollen, daß nämlich auch die Gesellschafter ihren Einsatz erhöhen, zu erheblichen Förderungen im Mittelstand führen werden.

Noch etwas, Herr Kollege Meyer: Ich habe ja dann und wann das Vergnügen, Zahlen, die Sie dem Parlament vorwerfen, nachvollziehen zu müssen. Sie haben heute eine Zahl, mit der Sie seit Monaten hier operieren, nicht mehr genannt. Ich kann das gut verstehen. Dabei geht es nämlich um die ausländischen Direktinvestitionen in Nordrhein-Westfalen. Die Landeszentralbank hat Anfang dieses Monats einen Bericht vorgelegt und darin festgestellt, daß Nordrhein-Westfalen das führende Zielland ausländischer Unternehmensbeteiligungen ist und seine Rolle noch weiter ausbauen konnte. Im Jahre 1995 sind - so ist die aktuelle Zahl - 28,2 % der ausländischen Investitionen, die am Standort Deutschland getätigt wurden, nach Nordrhein-Westfalen geflossen. (D)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege Hombach, wollen Sie eine Frage von Herrn Meyer zulassen?

Bodo Hombach (SPD): Nein, bei der kurzen Redezeit, die zum Haushalt zur Verfügung steht, nicht. Ich möchte auch zum Sachverhalt reden können, selbst wenn Kollege Meyer das nicht getan hat.

Wir haben mit Nachdruck in diesem Haushalt Initiativen, die der Minister zur Unternehmensgründung angelegt hat, gefördert:

- Die Gründungs-Offensive "GO!" ist zweifellos ein Erfolg, wie uns alle Beteiligten aus Wirtschaft und Gewerkschaften bestätigen. Wir haben im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen 158 000 Gewerbeanmeldungen. Das ist ein neuer Gründungsrekord. Und wir

(Bodo Hombach [SPD]).

- (A)
- sind eines der wenigen Bundesländer, das einen positiven Nettosaldo bei Unternehmensbeständen hat.
  - Die Meistergründungsprämie, die Sie schon erwähnt haben, hat 2 412 Handwerksmeistern die Gründung eines Betriebes ermöglicht und damit mehr als 8 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.
  - Das Ergebnis des Ausbildungskonsenses ist durchaus eines, das sich sehen lassen kann: Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland in ganz Deutschland, das mit einem Zuwachs von 1,9 % Ausbildungsstellen an der Spitze der Zuwächse liegt und die Versorgung sicherstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, daß wir nicht nur quantitativ Reform bei den Ausbildungsplätzen vorangekommen sind, sondern wir auch wesentliche Impulse für qualitative Verbesserungen gesetzt haben, die seit 15 Jahren und länger in Bonn verschleppt worden sind. Das gilt für neue Berufsbilder, neue Tätigkeitsfelder und eine Reihe anderer Dinge.

- (B)
- Die Bioregion Rheinland hat den Bundeswettbewerb gewonnen. Inzwischen gibt es auch eine Bioregion Westfalen. Wir wissen, daß das Ruhrgebiet nachziehen wird.
  - Hinsichtlich des wichtigen Punktes, das Wagniskapital in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, damit junge Unternehmensgründungen nicht am fehlenden Geld scheitern - jede zweite Unternehmensgründung scheitert am fehlenden Geld; wir haben eine Fehlleitung von Risikokapital in Deutschland, die unsinnig ist -, beginnt der Wagniskapitalfonds am 1. Januar mit seiner Arbeit. Wir erhoffen gute Impulse. Wir werden seine Arbeit kritisch begleiten und gegebenenfalls nachbessern, wenn er nicht die zentralen Probleme löst, die uns am Herzen liegen.

Sie wissen, daß dieser Haushalt - und das ist das Hauptproblem - auf der einen Seite mit Konsolidierungsmaßnahmen auskommen muß und auf der anderen Seite aktivierende, anstoßende Maßnahmen für die Wirtschaftspolitik und für die Arbeitsmarktpolitik geben möchte.

Insgesamt haben Sie recht, wenn Sie sagen, daß die Situation in Nordrhein-Westfalen nicht schwarzgemalt werden muß. Der Branchenbericht

der Landeszentralbank, am 2. Dezember vorgelegt, sieht insbesondere die Exportaussichten unseres Landes durchaus positiv. Die Konjunkturerwartungen der Metallbranche, der Chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Elektroindustrie und der Automobilindustrie zeigen deutlich nach oben. Produktionsorientierte Dienstleistungen werden hiervon ganz zweifellos profitieren.

Die größten Sorgenkinder in Nordrhein-Westfalen sind die Bauwirtschaft und der Einzelhandel, die beide noch auf ihre konjunkturelle Erholung warten. Das liegt ganz maßgeblich an der schwachen Binnennachfrage. Und - das ist auch wahr und richtig - das Handwerk befürchtet, daß der gesamtwirtschaftliche Aufschwung am Handwerk vorbeigeht. Wesentliche Ursache ist die schwache Baukonjunktur, ist der schwache private Verbrauch. Auch hier das gleiche Bild wie in der Industrie! Das Handwerk profitiert aber als Zulieferer von der Exportkonjunktur. Hier sind noch wesentliche Ansatzpunkte für die Verbesserung der Außenwirtschaftshilfe für den Mittelstand, die das Land begonnen hat.

Kollege Meyer und meine Damen und Herren aus den anderen Fachausschüssen! Wir haben in den Wirtschaftsarbeitskreisen und im Wirtschaftsausschuß den Haushalt lange diskutiert. Wir haben tatsächlich - das ist richtig - einige Korrekturen zur Schwerpunktsetzung unserer Politik vorgenommen, die hilfreich sind und im Konsens mit dem Haus entwickelt wurden und nach vorn weisen. Ich glaube, daß dieser Einzelplan 08 geeignet ist, den zentralen Ansatz des Ministers, aktivierende Wirtschaftspolitik, begleitende Strukturpolitik in diesem Lande zu betreiben, wirksam zu unterstützen und ihm die Instrumente an die Hand zu geben, die seine Politik braucht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Kollege Hombach. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Landsberg.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs noch einmal sagen, damit auch der Kollege Meyer das weiß: Für das Wasserrecht ist nach wie vor Frau Höhn und nicht Herr Cle-

(C)

(D)

(Alexandra Landsberg [GRÜNE])

(A) ment zuständig, Herr Meyer. Vielleicht haben Sie das übersehen.

(Bodo Hombach [SPD]: Das weiß er doch!)

Ich verstehe überhaupt nicht, daß Sie den Wirtschaftsminister an der Stelle angegriffen haben. Vielleicht können Sie das gleich noch korrigieren.

1997 war das Jahr der Gründungs-Offensive Nordrhein-Westfalen. Sie wissen, daß die Gründungs-Offensive NRW im großen Konsens der Koalitionsfraktionen zustande gekommen ist und daß sie sehr erfolgreich arbeitet.

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland mit einem positiven Gründungssaldo. Die Gründungsoffensive Nordrhein-Westfalen hat einen entscheidenden Bereich, nämlich die Förderung der Existenzgründung von Frauen. Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg der Wirtschaftspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich von Anfang an im Koalitionsvertrag massiv dafür eingesetzt haben, daß Frauen ein wesentlicher Schwerpunkt der Gründungsoffensive sein sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Aber die Gründungsoffensive NRW ist nicht nur Werbung. Das Wirtschaftsministerium unternimmt massive Anstrengungen, um die Situation für Existenzgründerinnen und -gründer mit den Möglichkeiten des Landes auch praktisch zu verbessern. Ich möchte nur drei Punkte nennen. Da ist zum einen die Regionalisierung und der Ausbau der Beratungsinfrastruktur, die Vereinfachung der Zinsverbilligungsprogramme und auch der jetzt stattgefundene Ausbau der Meistergründungsprämie. Der Kollege Hombach hat es eben schon gesagt: Die Meistergründungsprämie soll im Landeshaushalt 1998 um 5 Millionen DM aufgestockt werden, und wir haben gemeinsam einen Brief an den Wirtschaftsminister geschrieben, weil wir der Meinung sind, daß diese 5 Millionen DM für eine Verlängerung der Beantragungsrten für Frauen und für Männer um ein Jahr eingesetzt werden sollen.

(Bodo Hombach [SPD]: Das stimmt!)

Die Gründungsoffensive wird sicherlich das Erwerbslosigkeitsproblem in Nordrhein-Westfalen allein nicht lösen. Im November 1996 sind in NRW an die 865 000 Menschen ohne Arbeit gewesen. Sicherlich wird die Gründungsoffensive einen Beitrag zur Verringerung der Selbständigenlücke leisten, aber viele weitere Beiträge sind not-

wendig. Und auch auf nordrhein-westfälischer Ebene sind viele weitere Beiträge zu leisten. (C)

1997 war auch das Jahr der Konsolidierung der NRW-Großunternehmen. Nach den Rationalisierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre strahlen die Gewinne der Chemie- und der Automobilindustrie, der NRW-Banken und der Medienwirtschaft so hell, als hätte es nie eine Standortdebatte gegeben. Das möchte ich hier ausdrücklich begrüßen, Herr Wirtschaftsminister, um Ihnen bei der Annahme gleich den Wind aus den Segeln zu nehmen, wir hätten etwas gegen Großunternehmen. Auch die großen Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag für den nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, daß die NRW-Großindustrie, Chemie, Elektro- und Maschinenbau auch in Zukunft gute Produktionsbedingungen in diesem Lande vorfinden. Aber, meine Damen und Herren, dafür bedürfen die Großunternehmen in der Regel nicht unserer Steuergelder. Und: Dafür muß es in Zukunft einen Dialog der Landesregierung mit den großen Industriebetrieben in NRW über die Zukunftsfähigkeit ihrer Produkte und ihrer Produktionstechniken geben. Eine Industrie, die auf dem ökologischen Auge blind ist, ist in naher Zukunft in NRW nicht mehr wettbewerbsfähig, und nicht nur in NRW nicht, sondern das gilt weltweit. (D)

Wir wollen, daß die NRW-Industrie Vorreiter für ökologische Innovationen wird, für langlebige Produkte, für einen hohen Service- und Dienstleistungsanteil in der Produktion, für neue, umweltverträgliche Problemlösungen. Unser Interesse ist nicht die Öko-Nische, sondern eine flächendeckende Umsetzung von produkt- und produktionsintegriertem Umweltschutz.

Ein wichtiger marktwirtschaftlicher Anreiz für eine stärkere Orientierung auf ökologische Innovationen sind Ökoabgaben. Wir alle wissen, daß sich Umweltverbrauch in der Regel nicht in den Preisen abbildet. Dagegen kann auch das Land Nordrhein-Westfalen etwas tun. Mittlerweile liegen ja die Gutachten vom Öko-Institut in Freiburg und vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Köln vor. So ist das im Koalitionsvertrag vereinbart gewesen.

Die Institute haben eine breite Palette von Landesabgaben geprüft. In Frage kommen danach für Nordrhein-Westfalen insbesondere die Abwärmeabgabe, die Sonderabfallabgabe und die Grundwasserentnahmeabgabe. Ich hoffe, daß wir die



(Alexandra Landsberg [GRÜNE])

- (A) Diskussion über die Abgaben in der Koalition in konstruktiver Atmosphäre führen können, auch wenn der Wirtschaftsminister jetzt im Vorhinein erklärt hat, daß er von ökologischen Steuerungsinstrumenten nichts hält.

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben 1995 durchgesetzt, daß das REN-Programm nicht vollständig im Haushalt von Herrn Vesper etatisiert wurde.

(Zuruf des Ministers Wolfgang Clement)

Herr Vesper verwaltet seitdem die Breitenförderung, Sie haben die technologisch innovativen Teile des Programms. Herr Minister Clement, wir müssen jetzt feststellen, daß Sie die Gelder für regenerative Energiequellen zu großen Teilen für die Erwirtschaftung Ihrer globalen Minderausgabe verfrühstücken. Wir müssen gar nicht erst zu Garzweiler II oder zum Flugverkehr gehen, um den Eindruck zu bekommen: Sie sind auf dem ökologischen Auge blind, Herr Clement. Statt ökologisch innovative Politik zu machen, frustrieren Sie Hunderte von Institutionen und Verbänden, die ihre Ideen und ihre Arbeit in die Landesinitiative Zukunftsenergien eingebracht haben.

- (B) Ich möchte noch einmal auf die Frage der Arbeitsplätze zurückkommen. Es bleibt ein Skandal, daß die großen Konzerne steigende Gewinne einfahren und gleichzeitig Beschäftigung weiter abbauen. Daß es sich heute für deutsche Unternehmen mehr lohnt zu spekulieren, als in Arbeitsplätze zu investieren, daß es sich mehr lohnt zu rationalisieren, als mehr Leute einzustellen, geht zurück auf die CDU-Bundespolitik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann aber nicht angehen, daß wir auf der einen Seite über diese Politik der Bundesregierung klagen und gleichzeitig in NRW in die gleiche Richtung arbeiten. Es war schließlich die landeseigene Bank, die 1989 mit dem Aufkauf von LTU das Signal für die Konzentration auf dem Tourismusmarkt gegeben hat. Es war die WestLB, die in diesem Jahr über Preußag Hapag-Lloyd aufgekauft hat.

(Lothar Hegemann [CDU]: Ist es denn wahr?)

Sie, Herr Wirtschaftsminister, haben für einen Rundfunkstaatsvertrag gesorgt, der jegliche Konzentrationskontrolle in der Medienbranche heute rechtlich angreifbar macht.

(Zurufe von der CDU)

Zugegeben: Um weltweit bei den Ersten zu sein, ist das typische deutsche Großunternehmen zu

klein. Neben den Branchenriesen der USA haben Bertelsmann und LTU fast mittelständischen Charakter. Wenn diese Unternehmen zu den führenden global players gehören wollen, müssen sie wachsen. Damit werden aber diese Unternehmen für den deutschen Markt viel zu groß. Aus kleinen und mittleren Unternehmen werden Oligopole, aus Oligopolen werden Monopole. (C)

Herr Clement, Sie sind regelrecht besessen davon, nordrhein-westfälische global players zur Weltspitze zu machen. Und hier liegt das Problem: Sie bauen die Landesbank zu einem der führenden Tourismuskonzerne aus und beklagen gleichzeitig das Sterben der kleinen und mittleren Reisebüros. Sie kreieren einen der größten Stahlkonzerne der Welt, und schon gehen die ersten mittelständischen Stahlzulieferer an der Monopolmacht des nunmehr einzigen deutschen Stahlkonzerns pleite. Das, Herr Minister, ist Ihre Politik: Viele gute Worte, mehr Konzentration, mehr Gewinne und weniger Arbeitsplätze!

Die Gewinnsituation der großen NRW-Unternehmen zeigt, daß Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ein guter Standort für diese Unternehmen ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Arbeitsplätze erhalten und ihre Umweltverträglichkeit ausbauen. Dafür brauchen wir ein sinnvolles Zusammenspiel von großen, kleinen und mittleren Unternehmen. Herr Minister, Sie sind die Landeskartellbehörde. Gleichzeitig haben Sie als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der WestLB ein machtvolles strukturpolitisches Instrument in der Hand. (D)

Nutzen Sie beide Instrumente in Zukunft stärker für die Weiterentwicklung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur! Dabei haben die großen Unternehmen ihren Platz. Aber ermöglichen Sie den kleinen und mittelständischen Unternehmen in Zukunft einen faireren Wettbewerb.

1997 ist auch das Jahr der fehlenden Ausbildungsplätze. In Nordrhein-Westfalen fehlen heute 20 000 davon. Betroffen sind insbesondere Frauen und Mädchen.

Es ist ja ehrenhaft, Herr Minister, daß Sie im Sommer für 1 Million DM mit einem Bus durch NRW getourt sind, um die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu bewerben. Niemand wirft Ihnen fehlendes Engagement vor. Nur: Gemessen an der Größe des Problems können sich die Ju-

(Alexandra Landsberg [GRÜNE])

(A) gendlichen davon einen Knopf an die Backe nähren.

(Hey! bei der CDU)

Wenn wir eine Problemlösung wollen, brauchen wir dringend die Ausbildungsplatzumlage, sei es auf Bundes- oder auf Landesebene. Der Landtag hat die Landesregierung vor einem Jahr aufgefordert, eine Bundesratsinitiative für eine solidarische Ausbildungsfinanzierung zu starten. Wir warten bis heute darauf. Sie können es nicht immer der Wirtschaft recht machen, wenn gesellschaftliche Probleme zu lösen sind.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Frau Landsberg!

**Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Sie müssen entscheiden, ob Sie weiterhin die jungen Leute

(Brigitte Speth [SPD]: Sie soll endlich einmal zum Haushalt reden!)

auf der Straße stehen lassen wollen oder ob Sie effizient für mehr Ausbildungsplätze sorgen wollen.

(B) Herr Minister, die Sturheit, mit der Sie Beschlüsse auch der SPD-Partei zur Ausbildungsplatzumlage ignorieren, läßt uns vermuten, daß Sie auch auf dem sozialen Auge blind sind.

(Gegenrufe von der SPD - Unruhe bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Frau Landsberg, würden Sie eine Frage von Herrn Kollegen Rusche zulassen?

**Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Ich habe nicht mehr viel Zeit; es tut mir leid.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Also keine Frage, okay.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Herr Minister, kann und will es sich die Sozialdemokratische Partei leisten, daß es möglicherweise am Ende der Legislaturperiode heißt: Ihr Wirtschaftsminister hatte die Möglichkeit zu handeln, aber er hat es nicht getan?!

(C) Wir GRÜNEN erwarten von Ihnen, daß im Bereich der Ausbildungsplätze endlich etwas passiert, um die Ausbildungsmisere zu beenden.

(Beifall des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

Ich kann Ihnen versprechen: Wir werden an dieser Stelle nicht lockerlassen, bis wirksame Schritte eingeleitet sind.

1997 war das Jahr der Gründungsoffensive NRW. Es war das Jahr der steigenden Unternehmensgewinne bei weiterem Abbau von Arbeitsplätzen. Es war das Jahr der Unternehmenskonzentrationen des Wolfgang Clement, und es war das Jahr der fehlenden Ausbildungsplätze. Wir können nur hoffen, daß 1998 besser wird!

(Beifall des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

**Präsident Ulrich Schmidt:** Das Wort hat der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herr Clement.

(Minister Wolfgang Clement geht zum Rednerpult. - Rhythmischer Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Müßt ihr ihm Mut zuklatschen?)

(D) **Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Landsberg, ich möchte gleich klar auf das erwidern, was Sie mir vorgeworfen haben: Ja, ich bin verliebt in nordrhein-westfälische Unternehmen, die weltweit eine Rolle spielen.

(Beifall bei der SPD - Bodo Hombach [SPD]: Bravo!)

Ohne solche international agierenden Unternehmen haben auch kleine und mittlere Unternehmen in unserem Land auf Dauer keine Chance. Das weiß man eigentlich, wenn man sich mit Wirtschaftspolitik beschäftigt, und das sollten auch Sie beachten. Ohne Bertelsmann und Kirch und Telekom gäbe es in der Bundesrepublik Deutschland keine Digitalisierung

(Beifall des Lothar Hegemann [CDU])

und keine Möglichkeit für kleine und mittlere Unternehmen, sich im digitalen Markt zu betätigen. Ich wüßte gerne von Ihnen, von wem und wie sonst die 4 Milliarden DM an Investitionen im digitalen Fernsehmarkt aufgebracht werden sollten.

(Minister Wolfgang Clement)

- (A) Was die Ausbildungsplatzsituation angeht, sind wir offensichtlich sehr unterschiedlicher Meinung. Wir sollten dabei über die Zahlen aber nicht so hinweghuschen, wie Sie es getan haben. In Nordrhein-Westfalen fehlen zur Stunde nach den mir bekannten Zahlen 655 Ausbildungsplätze. Rechnerisch. Und es sind einige hundert Ausbildungsplätze mehr als 655 offen.

Meine Bitte an die Jugendlichen ist - davon werden Sie mich nicht abbringen -, jede mögliche Chance der Ausbildung auf den noch offenstehenden Ausbildungsplätzen wahrzunehmen. Denn jeder Ausbildungsplatz ist wichtig

(Beifall bei der SPD)

im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ich nehme dieses Thema viel zu ernst, um solche Vorwürfe, wie Sie sie gegen mich erhoben haben, in mich aufzunehmen. Sie werden mich, mit welchen Forderungen auch immer, nicht davon abhalten, durch die Unternehmen des Landes zu ziehen und für Ausbildungsplätze zu werben. Und ich sage es Ihnen wie dem Kollegen Meyer: Ich bin stolz darauf, daß Nordrhein-Westfalen als einziges unter den westlichen Bundesländern einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen - einen klaren, realen Zuwachs an Ausbildungsplätzen! - aufweist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Er beläuft sich in Nordrhein-Westfalen insgesamt auf plus 2 % gegenüber 1996. Herr Kollege Meyer hat ja so liebenswürdige Vergleiche Nordrhein-Westfalens mit anderen Bundesländern angestellt, aber darin wird er mir zustimmen: Kein anderes Bundesland verzeichnet einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen gegenüber 1996. Nordrhein-Westfalen ist das einzige.

Im Bereich der Industrie- und Handelskammern - wir haben Anlaß, uns dafür bei den Industrie- und Handelskammern zu bedanken -

(Beifall bei der SPD)

haben wir einen Zuwachs von 8,5 %, im Bereich des Handwerks von 2 %. Im Bereich der freien Berufe, insbesondere im Gesundheitssektor, ist es sehr viel schwieriger. Dies alles muß man sehen, um zu würdigen, daß Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die bisher schon ausgebildet haben, zusätzlich ausbilden und andere gewonnen werden.

- (C) Ich gehöre zu denen, die fest davon überzeugt sind, daß wir die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu einer solchen Ausbildungsanstrengung bewegen können. Ich werde nicht nachlassen, das zu tun. Und ich gehöre auch zu denen, die fest davon überzeugt sind, daß das wirksamer ist als jede wohlfeile Forderung nach Abgaben oder ähnlichen Regelungen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Meyer - das werden Sie verstehen -, von dem, was Sie vorgetragen haben, hat mir nicht sonderlich viel gefallen.

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

- Na ja, es war ja kaum zu definieren. Kein Mensch kann definieren, was Sie mit dem Gesagten ausdrücken wollten. Bevor er aber untergeht, will ich zumindest einen Satz herausgreifen. Sie haben angekündigt, Sie wollten uns bei Appellen an die Adresse Bonns, Europas, der Europäischen Kommission darin unterstützen zu verhindern, daß die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen Ländern im westlichen Teil der Bundesrepublik gekürzt werden. Da nehmen wir Sie beim Wort.

- (D) Es geht um ziemlich genau 54 Millionen DM, die der Bund freihändig aus der Gemeinschaftsaufgabe gestrichen hat. Ich hatte mich deshalb an den Bundesfinanzminister gewandt, der mir ungefähr geantwortet hat: Über solche Peanuts werden sich die Länder doch wohl nicht aufregen wollen! - Das war die sinngemäße Antwort von Herrn Waigel; ich kann sie Ihnen gerne zur Kenntnis geben. Hinsichtlich der Europäischen Union sind wir, wie Sie wissen, in Sorge, daß die Strukturhilfemittel ab 1999 eingefroren oder reduziert werden. Und das alles vor dem Hintergrund dessen, daß uns insbesondere von seiten der Bundesregierung in Zeiten des Rückgangs, des weiteren Rückgangs, des politisch gewollten weiteren Rückgangs, des von Bonn politisch gewollten weiteren Rückgangs der Steinkohle eigentlich mehr Strukturhilfemittel zugesagt worden waren.

Herr Kollege Meyer, Ihre Ausführungen über das Statistikwesen waren für mich amüsant, weil ich schon darauf vorbereitet worden bin - anhand des Mittelstandspapiers der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen. Darin ist alles das zu lesen, was Sie jetzt ver-

(Minister Wolfgang Clement)

- (A) breiten. Diese politische Hurerei mit Statistiken sollten wir uns wirklich gegenseitig ersparen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Herr Kollege Linssen, Sie haben sicherlich gehört, wie fein und präzise ich das gesagt habe. Das habe ich von Herrn Geissler gelernt. Man muß das Wort "politisch" davorsetzen, dann ist das in Ordnung: Politische Hurerei mit Statistiken. Ich habe das genau studiert, davon können Sie ausgehen.

Jetzt will ich Ihnen zum Bruttoinlandsprodukt etwas sagen. Sie haben hier natürlich das Pro-Kopf-Einkommen pro Einwohner vorgetragen, Herr Kollege Meyer. Normalerweise rechnet man pro Erwerbstätigen. So erhält man Aussagen über die Wirtschaftskraft und Produktivität eines Standorts.

(Beifall bei der SPD)

Da liegt Nordrhein-Westfalen bei 97 039 DM. Es liegt knapp unter dem Durchschnitt der alten Länder mit 98 602 DM und noch knapper unter Baden-Württemberg mit 97 763 DM.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- (B) Dafür - hören Sie gut zu, Herr Kollege Hegemann - liegt Nordrhein-Westfalen aber knapp vor Bayern mit 96 893 DM.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Statistik, wie sie leibt und lebt. Herr Kollege Meyer, das müssen Sie alles an Ihre Mittelstandsvereinigung weitergeben.

(Zuruf des Herbert Reul [CDU])

- Herr Reul, daß Sie heute morgen schon wieder so aufgeregt sind, war ja klar.

(Herbert Reul [CDU]: Je mehr Arbeitslose desto bessere Zahlen, oder wie?)

Jetzt will ich Ihnen sagen, was es mit den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen auf sich hat. Dann sehen Sie, was man mit Statistiken alles machen kann. Herr Kollege Meyer ist ja auf die faszinierende Vorstellung gekommen, Nordrhein-Westfalen mit Mecklenburg-Vorpommern zu vergleichen.

(Lachen bei der SPD)

Das fand ich wirklich erstaunlich. Nach meiner statistischen Interpretation ist der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in

Nordrhein-Westfalen von Dezember 1994 bis Februar 1997 geringer als in fast allen westdeutschen Ländern. Ausschließlich Baden-Württemberg hat einen geringeren Rückgang. Bayern dagegen übertrifft den negativen Durchschnitt der westdeutschen Länder im Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1994 bis 1997 deutlich. Das müssen Sie nachlesen und Ihrer Mittelstandsvereinigung mitteilen. Die Statistik muß neu überarbeitet werden. (C)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Clement, würden Sie eine Frage von Herrn Meyer beantworten?

**Wolfgang Clement,** Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Nein, Herr Präsident, das möchte ich jetzt nicht. Ich bitte um Entschuldigung. Ich möchte diese statistischen Weisheiten weitergeben, damit auch wirklich Grund zur Diskussion besteht.

Herr Kollege Meyer hat die Investitionslücke angesprochen. Da kommt er immer wieder mit dem Gleichen. Das tut die CDU jedes Mal. Es werden die jeweiligen Zahlen aus dem Fluß, aus dem Zuwachs gerechnet, die aktuellen Zahlen, die nie stimmen. Es stimmen immer die Bestandszahlen an Investitionen. Das ist Ihnen bekannt. Wenn es Ihnen nicht bekannt ist, der Bundesbank, dem Statistischen Bundesamt und dem Bundeswirtschaftsministerium ist das bekannt. (D)

Aus den Bestandszahlen der Investitionen in Nordrhein-Westfalen - da gibt es die letzten Bestandszahlen aus 1995; die Erhebungen bei den Bestandszahlen dauern nämlich etwas länger - wird ersichtlich, Herr Kollege Meyer, daß Nordrhein-Westfalen auf sich mehr Direktinvestitionen hat vereinigen können als Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Das ist die Realität, Herr Kollege Meyer.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

Diese Realität müssen Sie an Ihren Aussagen messen.

Es ist ein faszinierender Vorgang, daß Sie als CDU mir vorwerfen: Der Kerl hat nicht genug öffentliche Mittel, um wirklich Wirtschaftspolitik machen zu können. In Bonn habe ich die gleiche wunderbare Diskussion. Das haben wir doch aufmerksam wahrgenommen. Da wird mir gesagt: Man braucht nicht so viele öffentliche Mittel. Es

(Minister Wolfgang Clement)

- (A) kommt darauf an, Kreativität und Phantasie in die Wirtschaft zu bringen.

Unsere Phantasie sieht so aus: Wir haben in Nordrhein-Westfalen die beste Ausbildungsplatzentwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen die beste Gründungsentwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind in den wichtigsten Technologiefeldern Spitze. Fragen Sie einmal den Herrn Ministerpräsidenten Stoiber danach, wie das aussieht. Wir haben die beste technologiepolitische Entwicklung insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie.

(Ah ja! bei der CDU)

Wir sind, wie Sie wissen, nach Feststellung Ihres und meines Kollegen Rüttgers unter den biotechnologischen Regionen in Deutschland auf Platz 1. Wir sind dabei, in der Energiewirtschaft mit neuen Energietechniken Platz 1 zu erobern. Wir sind dabei - das werden wir auch -, der Standort der neuen Energietechniken in Europa zu werden. Wir sind dabei, das im Bereich der neuen Verkehrstechniken etc. zu entwickeln. Ich wüßte gern, was Sie eigentlich konkret wollen.

(B)

(Loke Mernizka [SPD]: Die haben nichts drauf!)

Sie halten mir immer noch Zahlen vor. Herr Kollege Meyer, ich würde Ihnen empfehlen: Unterhalten Sie sich mit der Kreditwirtschaft über die Zukunft des Wagniskapitals in Nordrhein-Westfalen. Unterhalten Sie sich über die weit über 100 Millionen DM, die zum Schluß an Wagniskapital in Nordrhein-Westfalen zusätzlich ab nächstem Jahr zur Verfügung stehen werden. Dann kommen Sie und diskutieren mit mir über Beteiligungskapital und ähnliches. Soweit dies vorhanden ist, muß ich Ihnen offen sagen, muß deshalb kein öffentliches Geld, das wir ohnedies kaum haben, mobilisiert werden. Das nenne ich eine vernünftige und phantasievolle Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD - Lachen und Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU]: Klopfen Sie sich doch noch einmal auf die Schulter!)

- Herr Kollege Linssen, ich verstehe Sie ja. Das müssen Sie jetzt ja machen. Herr Kollege Linssen,

das habe ich gelesen. Sie müssen jetzt mehr aus dem Haus nach draußen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen mehr Worte machen. Wenn ich das richtig interpretiere, was Ihre Fraktion Ihnen aufgegeben hat, dann sollen Sie es so ähnlich machen wie ich. Das ist ein richtiger Nachahmungseffekt, den Sie da planen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht so leicht und eine lange Schule, die man durchmachen muß. Ich bin gespannt, wie Sie das verwirklichen, wenn Sie mehr draußen sind als im Landtag und dort Worte statt Taten bieten. Ich weiß nicht, in welcher Reihenfolge Sie das machen wollen. Das wird ein hochinteressanter Vorgang, ich werde es sehr aufmerksam beobachten.

Sie müssen davon ausgehen, daß die nordrhein-westfälischen Daten insbesondere auch im Bereich der Unternehmensgründungen einfach gut sind. Sie sind einfach gut. Ich möchte nicht, daß das zerredet wird. Wir mögen uns streiten, unsere Wahlkämpfe machen, Sie mögen Nordrhein-Westfalen und das Saarland immer wieder in Verbund bringen. Mir fällt dazu sicherlich auch noch etwas ein. Das sind Dinge, die heutzutage keinen Menschen mehr überzeugen.

(D)

Mir kommt es darauf an, daß die gemeinsamen Initiativen, die in Nordrhein-Westfalen entwickelt worden sind und die Sie in Wahrheit alle unterstützen - Ausbildungskonsens, Gründungsoffensive, und, wenn ich es richtig sehe, den Bereich der neuen Technologie ebenfalls - durch solche Debatten und solche Beiträge nicht zerredet werden. Wir müssen anschließend wieder vernünftig zusammensitzen, und Sie müssen in Ihrer Rolle mit dazu beitragen. Das ist vernünftig.

Zu Garzweiler werden wir sicherlich noch eine Diskussion haben. Ich will dann gerne Aufklärung geben über den Unterschied zwischen einem Rahmenbetriebsplanverfahren

(Laurenz Meyer [CDU]: Machen Sie mal!)

- seien Sie nicht so aufgeregt, Herr Kollege, das machen wir alles dann, wenn wir die Debatte zu diesem Thema führen - und wasserrechtlichen Verfahren. Daß es dort einen Unterschied gibt, muß eigentlich naheliegen. Doch das, Herr Kollege Meyer, was Sie mir da so alles an den Kopf geworfen haben, ist ein bißchen zu flach, um treffen zu können.

(Minister Wolfgang Clement)

(A) Ansonsten freue ich mich aber auf den Fortgang der Debatte. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Herr Wirtschaftsminister. - Gibt es weitere Wortmeldungen? Eine zweite Runde? - Bitte schön, Herr Meyer, CDU-Fraktion.

(Walter Grevener [SPD]: Jetzt kommt wieder eine neue Statistik!)

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe hier den Eindruck gewonnen, Herr Minister Clement --- Wo ist er denn?

(Lothar Hegemann [CDU]: Eine rauchen!)

- Ach so. Soll ich einen Moment warten, Herr Präsident? -

(Minister Wolfgang Clement betritt wieder den Plenarsaal.)

Ich wollte Sie direkt ansprechen, und es nicht hinter Ihrem Rücken tun, weil Sie es dann nicht mitbekommen.

(B)

Herr Minister Clement, ich habe den Eindruck, Sie glauben inzwischen zu allem Überfluß selbst an das, was Sie vortragen.

(Heiterkeit des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Adolf Retz [SPD]: Ist ja auch richtig!)

Sie haben das oft genug wiederholt, und Sie haben vor allen Dingen - das sage ich Ihnen jetzt einmal zu dem Stichwort "Statistiken" - als einer der ganz wenigen, der das hier vorgetragen hat, die ganze Zeit versucht, die Öffentlichkeit, die Journalisten und alle mit Ihren Zahlen in absoluten Größen zu täuschen, die sich nur dadurch positiv darstellen,

(Beifall bei der CDU)

daß Nordrhein-Westfalen zum Beispiel 18 Millionen und Bayern 12 Millionen Einwohner hat.

(Minister Wolfgang Clement: Davon habe ich nicht geredet!)

- Im Bundestag zum Beispiel haben Sie auch in der Sache völlig falsch zu den Stichworten "Existenzgründung" und "Gewerbean- und -abmeldung" vorgetragen. Bayern hat in absoluten Zah-

len im letzten Jahr - ich kann Ihnen die Zahlen zeigen, wenn Sie sich noch nicht von Ihren Leuten erhalten haben - im Saldoüberschuß - bis auf 300 - noch genausoviel Gewerbean- und -abmeldungen wie Nordrhein-Westfalen gehabt. Nur: Nordrhein-Westfalen hat 18 Millionen Einwohner und Bayern 12 Millionen. Wer hat denn da wohl mehr getan? (C)

(Beifall bei der CDU)

Einmal abgesehen davon, Herr Minister Clement, wenn man die Selbständigenquote in Bayern betrachtet.

(Zuruf des Loke Mernizka [SPD])

- Nun passen Sie doch mal auf; er reist damit doch durchs Land und schenkt den Leuten etwas Falsches ein, streut ihnen Sand in die Augen über die Erfolge der Wirtschaftspolitik, und das auf einem viel höheren Niveau.

Das ist genau wie mit Ihren Lehrstellenzahlen. Was das Lehrstellenangebot angeht, stehen Sie ganz unten. Obwohl die Beträge geringfügig steigen, sind - anders als in anderen Ländern - trotzdem noch viele junge Leute unterversorgt. Wir haben in Bayern und Baden-Württemberg Überschüsse an Lehrstellen, und bei uns haben wir zu wenig. Das ist der einfache Unterschied. (D)

(Beifall bei der CDU)

Für die jungen Leute ist es ein entscheidender Unterschied, ob man für sie mehr Lehrstellen hat, als man braucht, oder weniger.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu den Investitionen! Hören Sie doch endlich auf mit Ihrer Argumentation. Sie können sich doch nicht allen Ernstes heute damit herausreden wollen, wir sollten die Zahlen der letzten Jahre nicht nehmen, sondern gefälligst mit einbeziehen, daß in den 50 Jahren hier mehr investiert worden ist als irgendwo anders, und daß wir deshalb einen höheren Bestand ---

(Zuruf des Ministers Wolfgang Clement)

- Ja sicher, der Bestand bezieht sich doch immer darauf, Herr Minister Clement, was über die langen Jahre angewachsen ist. Das sind Dinge aus den 50er und 60er Jahren, als Sie hier mit der Politik überhaupt noch nichts zu tun hatten und die SPD auch nicht.

(Loke Mernizka [SPD]: Deswegen sind Sie auch nie mehr wiedergewählt worden!)

(Laurenz Meyer [CDU])

(A) Lieber Kollege, ich bin diese Diskussion langsam leid.

Und wenn wir beide, Herr Hombach - wir haben uns ja gemeinsam für die Meistergründungsprämie eingesetzt -, irgendwann einmal sagen könnten, daß wir 30 %, wie es in Bayern zur Zeit ist, mehr Handwerksbetriebe pro 10 000 Einwohnern haben als heute, dann können wir auch die Meistergründungsprämie - das schlage ich ihnen heute schon vor - einstellen.

Herr Minister Clement, damit der Stolz auch nicht überbordert: Mit den Gewerbean- und -abmeldungen liegen Sie heute noch im Saldo 25 % niedriger als Sie in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1990 bis 1993 lagen. Wir hatten seinerzeit 28 000 und heute 23 000 im Überschuß an Gewerbean- und -abmeldungen. In diesen Jahren hatten wir also mehr als heute. Wo ist denn da eigentlich der Erfolg Ihrer großen Offensive geblieben?

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zum Stichwort "Garzweiler", wozu Sie eben nichts sagen wollten. Sie möchten das Thema her gern unter Ausschluß der Öffentlichkeit abhandeln. Das werden wir nicht zulassen. Deswegen stelle ich hier und heute - der Ministerpräsident ist bei einem so wichtigen Thema wie Arbeitsplätze und Wirtschaftspolitik mal wieder nicht da -

(B)

(Zurufe von der SPD)

einmal vier Fragen, die wir beantwortet haben möchten.

Erstens. Ist es richtig, daß im Sommer dieses Jahres der Regierungspräsident Düsseldorf als obere wasserrechtliche Aufsichtsbehörde die Zustimmung zu den wasserrechtlichen Dingen Garzweiler II gegeben hat? Haben die etwa nicht genügend untersucht, daß man jetzt noch für 2 Millionen DM Gutachten vergeben sollte, und hat seinerzeit bei der Leitentscheidung auch Herr Matthiesen die Dinge nicht richtig untersucht?

(Lachen des Ministers Wolfgang Clement)

- Ja, sicher, alles andere dient doch nur dazu, das Verzögern zu begründen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Haben Sie wirklich vorgehabt, Herr Minister Clement - und hat die SPD-Fraktion das gestern verhindert -, den wasserrechtlichen Teil,

der im Rahmenbetriebsplan abgehandelt ist, als Kuhhandel mit Frau Höhn aus dem Rahmenbetriebsplan herauszunehmen, (C)

(Aha! von der CDU)

wie das theoretisch nach Bergrecht möglich wäre? Haben Sie wirklich vorgehabt, Garzweiler II auf dem Altar Ihrer Koalitions- und persönlichen Interessen zu opfern?

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte hier vor der Öffentlichkeit um eine klare Antwort.

Drittens. Ist es richtig, daß der Ministerpräsident gestern höchst-selbst, obwohl er sich für so entscheidende Fragen wie Debatten im Landtag nicht so sehr interessiert, wie sich zeigt,

(Bodo Champignon [SPD]: Nun ist ja gut!)

in einen Arbeitskreis der SPD gegangen ist, um dort mit Rücktritt zu drohen, falls hier die SPD-Fraktion einen Sperrvermerk an diese 2 Millionen DM anbringt?

Viertens: Was denken eigentlich, Herr Minister Clement, die Arbeitnehmer, wenn auf ihrem Rücken so taktische Spielchen hier ausgetragen werden, (D)

(Beifall bei der CDU)

und was sagen Sie in dem Zusammenhang zu dem Brief des Betriebsratsvorsitzenden von Rheinbraun?

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister Clement, Sie können es offensichtlich noch nicht so ganz vertragen, daß wir Ihre Worte gelobt haben, aber Sie nun auch an Ihren Taten messen wollen. Aber das werden wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hombach das Wort.

**Bodo Hombach (SPD):** Garzweiler ist sehr, sehr wichtig. Wir werden uns damit noch sehr ausführlich zu beschäftigen haben.

(Zurufe von der CDU: Ha!)

(Bodo Hombach [SPD])

(A) Aber auch der Haushalt ist sehr wichtig, mit dem wir uns hier beschäftigen müssen. Alles zu seiner Zeit: Das ist das Richtige.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Kollege Meyer, ich habe mich schon daran gewöhnt - ich will Ihnen ehrlich sagen: Wir werden die Spielregeln etwas verändern -

(Lothar Hegemann [CDU]: Wollen Sie das auch verbieten?)

daß Sie regelmäßig mit Zahlen herumfeuern und wir dann einige Zeit suchen müssen, um sie zu bestätigen oder zu widerlegen. Ich habe Ihnen eben vorgemacht, wie Sie beispielsweise mit einer Reihe von Daten hantieren, die der näheren Prüfung nicht standhalten.

Nun komme ich zu Bayern und der dortigen Handwerksstruktur. Wenn Sie die bayerischen Handwerkszahlen mit den nordrhein-westfälischen vergleichen, müssen Sie wissen, daß alle Handwerksbetriebe in Bayern im Verhältnis zu denen in Nordrhein-Westfalen sehr viel weniger Beschäftigte haben.

(Laurenz Meyer [CDU]: Das stimmt nicht!)

(B) Die Struktur der bayerischen Handwerksbetriebe - diese Information können wir uns gleich gemeinsam bei den Handwerkern holen; sie stammt von ihnen - ist eine ganz andere: ein sehr starker Bereich der Holzbranche, naturgemäß regional gebunden.

(Lothar Hegemann [CDU]: Landwirtschaft auch!)

Die nordrhein-westfälischen Handwerksbetriebe - ich weiß nicht, Herr Hegemann, ob Sie es auch verstehen, aber das geht auch an Ihre Adresse - haben im Durchschnitt deutlich mehr Beschäftigte als die bayerischen, so daß das Zahlenwerk, das sich auf die Anzahl der Betriebe stützt, allein nicht aussagekräftig ist. Wir sollten uns auch aus Gründen des gegenseitigen Aufklärungsbedarfs noch einmal zusammensetzen und die Zahlen, mit denen Sie jonglieren, verifizieren. Ich jedenfalls bin bereit, das gleich nach der Sitzung zu tun.

Herr Kollege Meyer, Sie hatten mir heute morgen vor Beginn der Debatte, als ich über meinen schwachen Kreislauf geklagt habe, versprochen, Sie würden ihn schon auf Trab bringen. Das ist Ihnen nicht so richtig gelungen. Aber ich muß

mich bei meiner Koalitionspartnerin, Frau Landsberg, bedanken, die das geschafft hat. (C)

(Heiterkeit)

Die Tatsache, daß wir die Koalitionsdiskussion hier austragen, war für mich heute morgen ein bemerkenswertes Schauspiel, das ich nicht unkommentiert lassen will.

(Beifall bei der SPD)

Daß Sie die Erfolge der Mittelstandspolitik und den Kampf für kleine und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe für sich in Anspruch nehmen, das sei dahingestellt.

Wenn Sie aber nicht selbst den Widerspruch merken, daß Sie im gleichen Atemzug das, was wir mit dem Ausbildungskonsens an positiven Ergebnissen vorweisen können - im Zusammenwirken mit eben jenen, von denen Sie sagten: Für die machten Sie Politik - außer acht lassen, dann ist mir das in Ihrem Interesse sogar peinlich. Sie merken nicht, daß Ihr Appell an Handwerk und Mittelstand just zunichte gemacht wird durch eine abstrakte Forderung, die Sie jetzt schon wieder vorgetragen haben, und die völlig ignoriert, daß Handwerk, Gewerkschaft und Politik in den letzten zwei Jahren in Nordrhein-Westfalen mit dem Ausbildungskonsens etwas Vorbildliches exerziert haben, mit Ergebnissen, die wirklich Probleme lösen. (D)

Deklamatorische Politik - Forderungen auf Papier, von denen man nicht weiß, ob sie etwas taugen, ob sie je Realität werden und auch nur einen Ausbildungsplatz schaffen - steht gegen tatsächliches konkretes Handeln.

(Beifall bei der SPD)

In einer Zeit, in der den Leuten eine kleine Tat sehr viel mehr wert ist als ganz große Worte, Rhetorik und blumenhafte Ankündigungen... - Herr Kreutz läuft sich schon warm, er wird uns das gleich vormachen, so nehme ich an -:

(Daniel Kreutz [GRÜNE]: Machen Sie sich keine Hoffnung, Herr Hombach!)

ich hoffe es, es ist immer ein Gewinn, wenn ich Sie hier reden höre; ich habe Ihnen ja schon einmal das goldene Mikrofon verliehen, allerdings nicht das "Heftchen" der Tat, Herr Kreutz -, in einer solchen Zeit ist jeder tatsächlich geschaffene Ausbildungsplatz sehr viel mehr wert als Worte und bedeutet für die Politik unendlich viel mehr an Glaubwürdigkeit und Kompetenz.



(Bodo Hombach [SPD])

(A) Ich bin froh darüber, daß der Parteitag der SPD das ausdrücklich anerkannt hat. Dort ist gesagt worden, daß in den Ländern, in denen es anders geht - in Niedersachsen und besonders gut in Nordrhein-Westfalen -, wo genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden können, keine Umlageregelung gebraucht wird. Da haben wir es durch die Kraft der Politik geschafft. Nur dort, wo es nicht möglich ist - leider geht es nicht überall, in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, Herr Meyer hat es schon zitiert, wird es leider nicht gehen -, muß man andere Wege gehen.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben es in vorbildlicher Weise vorgemacht, wie Politik Realität werden kann. Ich bedauere, daß Sie sich dem nicht anschließen, sondern sich immer wieder auch von den jungen Leuten dabei erwischen lassen, daß Sie nicht mitmachen.

Heute morgen habe ich erleben müssen, daß der Wirtschaftsminister von zwei Seiten in die Zange genommen werden sollte. Es ging gar nicht um den Etat. Ich war naiv, ich hatte ein Manuskript dabei und wollte über den Einzelplan 08 und seine Erfolge reden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben Sie doch vorgelesen!)

(B) - Das ist mir leider nicht gelungen, Kollege Linssen. Dabei haben Sie mich gehörig gestört, wie man dem Protokoll entnehmen wird.

Es ging deshalb nicht, weil Sie einen Wirtschaftsminister in die Zange nehmen wollten, den Sie fürchten, weil er nämlich ein Schmuckstück und

(Beifall bei der SPD - Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

ein Erfolgsträger für unser Land ist, und Sie wissen, daß er Zustimmung findet.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Frau Landsberg, so wie Kollege Meyer dem nordrhein-westfälischen Handwerk erklären muß, warum er diese selbstbewußte Organisation, die darauf keinen Wert legt, schlecht macht, werden Sie mir erklären müssen, wie Sie es vor dem Hintergrund des heutigen Auftritts gemeint haben, was ich in der Zeitung lesen konnte, daß Sie Verfechterin der Idee sind: Schwarz-Grün ging's besser. Ich hatte den Eindruck, daß Sie uns das heute morgen vormachen wollten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Dr. Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Hombach, Ihre letzte Bemerkung habe ich überhaupt nicht verstanden,

(Bodo Hombach [SPD]: Aber sie hat es in der Zeitung gesagt!)

weil wir in diesem Hause doch leider schon so oft festgestellt haben, daß die CDU nicht einmal als Opposition in der Lage ist, vernünftige Inhalte hineinzubringen. Insofern, Herr Hombach: Rot-Grün wird sich weiter aneinander reiben und zum Erfolg kommen.

(Bodo Hombach [SPD]: Einverstanden!)

Da bin ich ganz zuversichtlich. Sie sind mit ein Garant dafür, daß es dazu kommt.

Aber zunächst wollte ich mich eigentlich fragen, was wir hier eigentlich tun. Was tun wir in dieser ersten Stunde der Haushaltsdebatte, Herr Meyer? Wir haben jetzt eine Stunde Haushaltsdebatte hinter uns, und ich habe den Eindruck: Thema verfehlt!

Was tun Sie eigentlich hier? - Sie starten Entlastungsangriffe und reden über Garzweiler, weil Ihnen zum Haushalt nichts einfällt. Sie betreiben hier ein Seminar zur Statistikentwicklung, wie sich in Nordrhein-Westfalen und Bayern die Gewerbe entwickeln. Das ist ja ganz interessant, aber ich finde, daß könnte man auch in einem kleineren Kreis machen. Ich vermisse Ihren konzeptionellen Beitrag zur Haushaltsdebatte.

(Zustimmung von Bodo Hombach [SPD])

Sie sind schon im letzten Jahr hier baden gegangen, als Sie versucht haben, auf der formalen Ebene, auf der Verfahrensebene Punkte zu machen. Das war für alle Beteiligten schrecklich. Wir mußten hier reden und hatten überhaupt keinen Konterpart. Jetzt reden Sie aber völlig an der Sache vorbei, und bauen irgendwelche Zahlenkonstrukte auf, mit denen Sie uns hier langweilen. Das ist kein Umgang miteinander. Ich hatte gedacht, daß die Haushaltsdebatte vom letzten Jahr für Sie ein Ansporn gewesen wäre, hier etwas Konzeptionelles hinzulegen. Ich bin enttäuscht.

Dabei ist der Einzelplan 08 ganz in Ihrem Sinne aufgewachsen. Der Einzelplan 08 hat - nach Er-

(C)

(D)

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

- (A) gänzungsvorlage - einen Zuwachs von 126,7 Millionen DM, das in einer Zeit, in der viele Haushalte sogar in absoluten Zahlen schrumpfen. Auch die Wirtschaftspolitik in engerem Sinne, also bei den Kapiteln 020 bis 040 - Sie sind dazu nicht richtig informiert - wächst. Diese Kapitel sind um 71,2 Millionen DM zusammengezählt gewachsen.

Jetzt komme ich zu meinem Thema: Das betrifft das erfreuliche Kapitel 060 - Rationelle Energienutzung. Dieses Kapitel ist ganz im Gegensatz dazu um 25,9 Millionen DM gesunken. Das heißt, daß dieses Kapitel in relativen Zahlen - das ist eigentlich wichtiger - um ein Drittel gesunken ist. Man könnte auch sagen, daß das Energiekapitel die Sparbüchse des Wirtschaftsministers ist. Das bedauern wir außerordentlich in einer Zeit, in der alle Welt über Klimaschutz redet, wo in Kyoto eine Weltkonferenz stattfindet, auf der miteinander gerungen wird.

(Zuruf des Fritz Kollorz [CDU])

Da wäre doch ökologisch ein Zeichen nach vorn und nicht eines nach hinten gefragt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Das wäre auch unter Arbeitsmarktgesichtspunkten sinnvoll. Zum Energiesparen am Bau hat das DIW vorgerechnet, daß 80 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, wenn das Energiesparen am Bau realisiert würde. Die Windenergieindustrie hat in relativ kurzer Zeit 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Bereich "Rationelle Energienutzung" bietet also hohe Arbeitsplatzchancen. Diese Chancen werden leider nicht genutzt.

Das ist auch insofern unverständlich, als das REN-Programm im Bereich des Bauministers Vesper sogar noch um 4 Millionen DM gewachsen ist. Im Bereich des Wirtschaftsministers ist es hingegen um ein Drittel gekürzt worden. Das finde ich traurig. Das ist ein weit überproportionaler Sparbeitrag. Das bringt uns sicherlich unter der Überschrift "Arbeit und Umwelt" nicht weiter.

Ich habe auch speziell die Sorge, daß sich im Rahmen der Landesinitiative Zukunftsenergien ein Rückschlag einstellen wird. Dort sind viele Leute sehr engagiert und mit großen Hoffnungen in diese Beratungsrunden hineingegangen. Man hat dort viel geredet und Konzepte vorgelegt. Jetzt stellt man fest, daß das Geld nicht nur so wenig geblieben ist, wie es vorher war, sondern daß es sogar noch drastisch gekürzt worden ist. So ist im Bereich technische Entwicklung und Demon-

strationsförderung ein Minus von 13,2 Millionen DM zu verzeichnen, obwohl doch im Gegensatz dazu der Forschungs- und Entwicklungsbedarf ganz erheblich ist.

Sicherlich ist die Planung beziehungsweise die Unterschrift unter die Verträge für eine Solarzellenfabrik in Gelsenkirchen ein Lichtblick. Aber es geht nicht nur um Angebotsausweitung, sondern begleitend auch um eine entsprechende Ausweitung der Nachfrage, weil ansonsten das Ganze ökonomisch nicht tragfähig sein wird.

Lassen Sie mich abschließend einige Worte zu der Debatte sagen, die vorhin stattgefunden hat, wir seien in Nordrhein-Westfalen weltweit Spitze. Ich würde darum bitten, hier etwas mehr Zurückhaltung an den Tag zu legen. Was nützt es uns, wenn Großunternehmen weltweit Spitze sind, aber in Deutschland Arbeitsplätze abbauen. Die Hoffnung darauf, über Großunternehmen wirklich Arbeitsplätze schaffen zu können, war noch nie gerechtfertigt. Die Arbeitmarkteffekte sind in aller Regel negativ. Die Konzentrationsprozesse, die in Nordrhein-Westfalen vorangetrieben werden, führen in erster Linie dazu, daß kleine und mittlere Unternehmen kaputt konkurriert werden, und nicht dazu, daß hier Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auch der Hinweis darauf, hier gebe es die beste Ausbildungsplatzentwicklung, ist natürlich, weil wir von einem so geringen Niveau ausgehen, völlig irreführend. Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein gravierendes Ausbildungsplatzproblem. Der SPD-Parteitag hat dankenswerter Weise in ganz großer Klarheit beschlossen, daß wir eine Ausbildungsplatzumlage brauchen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Ja, ich komme zum Schluß.

Die Ausbildungsplatzumlage auf Bundesebene ist SPD-Beschlußlage. Die Bundesländer sind aufgefordert, entsprechende Initiativen in den Bundesrat einzubringen. Das ist auch unsere Position. Insofern erhoffen wir uns von unseren sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen mit dem Parteitagsbeschluß im Rücken eine deutliche Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die Landesregierung Minister Clement.

**Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um gleich zu Garzweiler, Herr Kollege Meyer, einige Antworten zu geben: Die erste Antwort wird von der Bergbehörde im Rahmen der Genehmigung des Rahmenbetriebsplans gegeben. Diese Antwort werden Sie in aller Kürze haben.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, aus dem zu lernen, was Sie vor einiger Zeit über Prognosen, über mein Tun und die Ergebnisse meines Tuns, erlebt haben. Ich empfehle Ihnen, warten Sie ein paar Tage ab. Was Sie ansonsten an politischen Äußerungen und an Äußerungen über den Ministerpräsidenten und andere darum herumgarnen, kann ich nur als baren Unsinn bezeichnen. Das mögen Sie in Ihren Parteiveranstaltungen ausbreiten. Darauf habe ich nicht zu antworten.

Sie haben sich über den Rahmenbetriebsplan ausgelassen und gesagt, ich würde da irgendeine theoretisch mögliche Reduktion der Wirkungen herbeiführen wollen. So ungefähr haben Sie sich ausgedrückt.

(B) Herr Kollege Meyer, es gibt im Recht nur etwas, was rechtlich gültig ist, und etwas, was rechtlich ungültig ist. Es gibt nicht theoretische, abstrakte und generelle Wirkungen. Es gibt nur etwas, was wirkt und was nicht wirkt. Das ist nicht ganz unwichtig, damit wir uns darüber im klaren sind, worüber wir reden.

Ich will Ihnen in aller Klarheit sagen, daß ein Rahmenbetriebsplan - das sage ich generell und nicht bezogen auf das Verfahren - Auskunft gibt über die grundsätzliche wasserwirtschaftliche Beherrschbarkeit eines solchen Projekts. Sonst nichts. Damit hat es sich. Das ist nicht theoretisch und abstrakt, sondern das ist die Wirkung eines solchen Verfahrens.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Minister.

**Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr:** Nein, Frau Präsidentin, ich möchte keine Zwischenfragen hinnehmen.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, Herr Kollege Meyer: Mir ist doch bekannt, daß einige Ihrer Freunde sich im rheinischen Braunkohlerevier tummeln und über die Landesregierung reden. (C)

Wissen Sie, wir - und ich selbst auch - haben in dieser Region viele Gespräche geführt, viele Begegnungen gehabt, viele Veranstaltungen gehabt. Verlassen Sie sich darauf: Ich werde das auch in Zukunft tun. Ich verlasse mich darauf, daß ich das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die es mir geben wollen, auch behalte. Ich glaube nicht, daß sie durch solche Sprüche, wie Sie sie hier heute morgen geklopft haben, zu beeindrucken sind. Ich glaube nicht, daß dadurch das Vertrauen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu gewinnen ist.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wer spricht denn von verhöhnen?)

Herr Kollege Busch, ich komme zu dem, was Sie zu alternativen oder erneuerbaren Energien im Haushalt gesagt haben. Was den Haushalt angeht, sind Sie genug Experte - Sie werden das auch intensivieren -, um zu wissen, daß aufgrund der globalen Minderausgabe, die wir in diesem Jahr haben - und zwar in einem noch höheren Maße als Sie sie mir jetzt verpaßt haben - die tatsächlichen Ausgaben in diesem Jahr geringer sind, als sie vermutlich im nächsten Jahr sein werden. Sie sind doch der Haushaltsexperte. Das müssen Sie doch wissen. Verbreiten Sie doch nicht einfach solche Sachen. Sie sitzen doch ständig dabei innerhalb der Koalition. Was soll so etwas? (D)

Sie wissen doch eigentlich auch, wie das mit dem REN-Programm und dem, was in meinem Haushalt ist, zusammenhängt.

Oder ist Ihnen das nicht bekannt? Soll ich das darstellen?

Im Kern kommt es mir darauf an, Ihnen - das ist der Unterschied zwischen uns - folgendes zu sagen: Wichtiger als 10 oder 15 Millionen DM mehr in meinem Haushalt ist, daß wichtige Wirtschaftsunternehmen Deutschlands und der Welt, also internationale Unternehmen, in Gelsenkirchen eine Solarfabrik aufbauen, und zwar in der gesamten Kette.

(Beifall bei der SPD)

Das ist wichtiger als 5, 10 oder 15 Millionen DM im öffentlichen Haushalt. Es spart außerdem noch

(Minister Wolfgang Clement)

(A) öffentliches Geld. Das muß ich Ihnen in aller Klarheit sagen.

Ich bin fest davon überzeugt - damit wir uns da klar verstehen -, daß das, was da in Gelsenkirchen mit relativ wenig öffentlichen Mitteln, relativ wenig öffentlichem Geld geschieht, wirkungsvoller ist, als alles, was ansonsten über die Haushalte verbreitet werden könnte.

Damit Sie Ihre Skepsis an Ihren nächsten Tätigkeitsort mitnehmen können, will ich Ihnen gleich noch etwas hinzufügen. Herr Kollege Busch, damit wir uns da klar verstehen: Ich verstehe langsam nicht mehr so viel Spaß. Damit Sie Ihre Skepsis mitnehmen können, lade ich Sie dann ein. Sie können das auf der kommunalen Ebene besichtigen. Das, was in Gelsenkirchen entsteht, wird stärker sein als Produktionsstandort als irgendein anderer europäischer Produktionsstandort im Bereich der Solarzellenproduktion. Damit wir uns da klar verstehen: Das ist mein Ehrgeiz. Dieser Ehrgeiz ist größer als der an den Kungeleien im Haushalt, um das wirklich in aller Deutlichkeit zu sagen. Deshalb bin ich ganz frohgemut, daß wir dort vorankommen.

(B) Herr Kollege Meyer, Sie können meinerwegen die Statistikerien mit Bayern und Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern fortsetzen. Ich bin ja auf das, was kommt, vorbereitet worden. Ich will Ihnen nur eines sagen, damit wir auch da klar reden: Es hat doch keinen Sinn, den Leuten oder sonst jemandem etwas vorzumachen. Bayern oder auch Baden-Württemberg - mit etwas Abstrichen - sind zur Zeit, wenn man das ganze betrachtet und Nordrhein-Westfalen nicht differenziert betrachtet, wirtschaftsstrukturell selbstverständlich in einer besseren Situation als Nordrhein-Westfalen. Wir haben eine nachindustrielle Phase, die außerordentlich schwierig ist und die ich nicht zu beschreiben brauche. Aufgrund dessen haben wir schwierigere Daten als Bayern sowohl am Arbeitsmarkt als auch am Ausbildungsmarkt. Das bestreitet doch niemand. Das sage ich in jeder Diskussion. Selbstverständlich ist unsere Aufgabe, unsere Daten hier in Nordrhein-Westfalen so zu verbessern, daß wir nicht nur mit Bayern verglichen werden können, sondern besser werden. Das ist überhaupt nicht zu bestreiten.

(Laurenz Meyer [CDU]: Da haben Sie einiges zu tun!)

- Sicher habe ich noch einiges zu tun. Ich bin ja interessiert an Leuten, die mitmachen. Ich bin nur

nicht interessiert an Leuten, die nichts anderes als Pauschalurteile mit sich herumtragen und über andere Leute - wenn es für die Öffentlichkeit bestimmt ist - herabsetzend reden und ansonsten das alles kollegial zu machen versuchen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das finde ich nicht so gut. Aber das sind jeweils wahrscheinlich auch Mentalitäts- und Temperamentsfragen. Das soll auch so bleiben. Mich werden Sie nicht von diesem Weg, den ich für relativ erfolgreich halte, abbringen. An manchen Daten habe ich versucht, Ihnen deutlich zu machen, daß wir auf einem schon sehr erfolgreichen Weg sind.

Das gilt auch für die Ausbildung. Da möchte ich wirklich nicht mißverstanden werden. Ich betrachte die Ausbildungssituation in Nordrhein-Westfalen keinesfalls als befriedigend. Die Ausbildungssituation in Nordrhein-Westfalen muß selbstverständlich noch wesentlich verbessert werden. Ich möchte jedoch gerne registrieren, was wir an Verbesserungen durch gemeinsame Anstrengungen hier in Nordrhein-Westfalen erreichen. Ich möchte gerne, daß das zur Kenntnis genommen wird. Nur wenn man das anerkennt, wird man noch mehr Fortschritte erzielen. Ich bin überzeugt, daß wir auch in diesem außerordentlich wichtigen Bereich der Ausbildung junger Leute noch weitere Fortschritte erzielen werden. Da ist Ehrgeiz sehr wohl angebracht. Es ist auch Kritik angebracht, aber auch der Ehrgeiz, jedem jungen Menschen nicht nur rechnerisch einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, sondern auch tatsächlich einen, und dann auch noch möglichst den einer ihrer oder seiner Wahl. Dieses Ziel haben wir. Ich bin überzeugt, daß wir das Ziel auch erreichen werden. - Schönen Dank. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion Kollege Meyer.

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Herr Minister Clement, lassen Sie mich vorab folgendes sagen: Sie haben heute hier zum zweiten Mal dargestellt, ich würde mit Ihnen kollegial umgehen und Sie gleichzeitig hier hart ansprechen. Da kann ich nur sagen: Welchen anderen Umgang möchten Sie denn eigentlich?

(Beifall bei der CDU - Minister Clement: Einen normalen!)

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) Natürlich einen normalen Umgang. Aber es ist doch nicht Aufgabe der Opposition, hier in die Lobpreisungen von Herrn Hombach einzusteigen.

(Beifall bei der CDU)

Wir zeigen Ihnen viel mehr auf, wie Ihre Bilanz ist. Daß wir das in kollegialem Umfeld versuchen, das halte ich im übrigen nach wie vor - davon lasse ich mich auch nicht abbringen - für einen ganz normalen Auftrag für jeden Parlamentarier, der versucht, ein bißchen über den Tellerrand zu gucken.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Sie bei Ihren Worten unterstützt. Das ist der Punkt, den ich Ihnen sage: Mehr Unterstützung - bis hin zur Tatsache, daß das schon in der Öffentlichkeit kritisiert wurde - hat sich noch nie ein Wirtschaftsminister wünschen können.

Aber dann müssen Sie darauf gefaßt sein, daß wir anschließend gucken, ob Sie das machen, was Sie sagen.

(Beifall bei der CDU)

Und Sie tun es ganz eindeutig nicht.

- (B) Der Kollege Hombach hat mit eben gefragt, warum ich hier in dieser Debatte das Stichwort Garzweiler eingeführt hätte. Dazu muß ich sagen: Wem nicht einleuchtet, daß das größte nordrhein-westfälische Investitionsprojekt - das war auch eben von den GRÜNEN zu hören - hier angesprochen werden muß, der versteht offensichtlich nicht, um was es hier für Nordrhein-Westfalen geht.

Ich sage Ihnen ganz klar: Die CDU-Fraktion ist der Meinung, daß sich die Entscheidung zu Garzweiler zu einem Symbol für die Haltung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Industriearbeitsplätzen schlechthin entwickelt hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage, über die wir hier eigentlich reden, lautet: Wollen wir, daß in Nordrhein-Westfalen in Zukunft auch noch im Blaumann gearbeitet werden kann und dabei Umweltbelastigungen - ich spreche nicht von Umweltgefahren, sondern von -belastigungen - in Kauf genommen werden, oder wollen wir solche Industriearbeitsplätze nicht? Dieses Thema geht weiter über Garzweiler hinaus und ist für Nordrhein-Westfalen einer der entscheidenden Punkte überhaupt.

(C) In diesem Zusammenhang habe ich die wasserrechtlichen Aspekte angesprochen. Herr Minister Clement, es geht beim Rahmenbetriebsplan nicht um die wasserrechtlichen Aspekte eines solchen Projektes, sondern es geht um die wasserrechtlichen Aspekte dieses Projektes, das hier beurteilt wird. Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, daß Sie, der Sie einer der größten Fürsprecher mit Worten im Lande waren, im Kabinett zustimmen, daß hier um 2 Millionen DM aufgestockt werden soll, um das Projekt totzuprüfen. Das ist der eigentliche Sinn: das Projekt totzuprüfen.

(Beifall bei der CDU)

Wer versucht, in Worte zu kleiden, daß mit diesem Gutachten eine Genehmigung im Sommer nächsten Jahres erfolgen soll, daß mit diesem Gutachten eine Genehmigung beschleunigt werden soll, der - das sagen die Arbeitnehmer von Rheinbraun zu Recht - verhöhnt die Arbeitnehmer, die davon betroffen sind.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Verhöhnung haben Sie, Herr Minister Clement, zugestimmt, und dieser Verantwortung müssen Sie sich stellen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Haben Sie wirklich vorgehabt - dazu haben Sie eben nichts gesagt -, in den Gesprächen mit den GRÜNEN die wasserrechtlichen Aspekte des Rahmenbetriebsplans aus der im Dezember vorzunehmenden Genehmigung herauszulösen, um sie dann in die wasserrechtliche Genehmigung einzuführen? Darüber haben Sie eben hinweggeredet.

(Minister Wolfgang Clement: Sie haben es nicht verstanden!)

- Doch. - Offensichtlich haben Sie das vorgehabt, sind dann gebremst worden, und jetzt fühlen Sie sich erwischt. Ist es wirklich schon so weit - der Ministerpräsident ist von mir angesprochen worden, und der SPD-Fraktionsvorsitzende war eben auch hier -, daß ein Sperrvermerk an diesem Haushaltstitel, um zu sehen, was da gemacht werden soll, zu Rücktrittsdrohungen des Ministerpräsidenten geführt hat? Herr Minister Clement, Herr Matthiesen, es gibt das wunderschöne Sprichwort in Deutschland: Nur die alldümmsten Kälber suchen sich ihre Schlächter selber.

(Beifall des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) In diesem Falle haben wir es noch mit einer Steigerung zu tun, Herr Matthiesen. In diesem Fall bezahlen die SPD-Fraktion und die Landesregierung sogar noch den Metzger für dieses Projekt.

(Beifall bei der CDU)

Und das machen sie sehenden Auges, nur um die Koalition über die nächste Klippe zu retten.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege.

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Ich sage den Arbeitnehmern von Rheinbraun in allem Ernst: Wenn die Genehmigung nicht vor der Bundestagswahl kommt - die Befürchtung haben Sie, Herr Matthiesen, schon vor der letzten Wahl, was Ihre Partei betrifft, gehabt; das wissen Sie so gut wie ich -, sollten die Arbeitnehmer von Rheinbraun besser davon ausgehen, daß das Projekt gestorben ist. Das tun sie auch.

Sie verhöhnen die Arbeitnehmer, wenn Sie solche Gutachten als "Beschleunigung" bezeichnen. Es ist geradezu pervers, das auf dem Rücken der Arbeitnehmer auszutragen.

(Beifall bei der CDU)

(B)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege!

**Laurenz Meyer (CDU)\*:** Ich bin fertig. Aber, Frau Präsidentin, ich bitte zu entschuldigen: Wenn man sich bei einem solchen Vorgehen gegenüber der Industriegesellschaft in Nordrhein-Westfalen und der Buckelei vor Gruppeninteressen der GRÜNEN nicht aufregt, wann sollte man es jemals in diesem Lande dann noch tun?

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Mir liegen zu dem Bereich Wirtschaft, Mittelstand und Technologie keine weiteren Wortmeldungen vor. Deswegen kommen wir zum zweiten Bereich des Einzelplans 08:

**b) Verkehr**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Langen das Wort.

**Günter Langen (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Land Nordrhein-Westfalen hätte aufgrund seiner geographischen Lage eine große Chance, im Europa der Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen. Beim Wegfall der Grenzen im Osten und bei den sich daraus ergebenden vielfältigen Möglichkeiten für unsere Wirtschaft ist jedoch eine Blockadepolitik durch Reduzierung der Investitionen in die verkehrliche Infrastruktur geradezu kontraproduktiv. Hier kann man nur sagen: Chance vertan.

(C)

Wenn man bedenkt, daß 1980 noch 22,4 % des Haushaltsvolumens in Nordrhein-Westfalen für Investitionen ausgegeben wurden und 1997 nur noch 10,5 %, muß man feststellen, daß das nicht nur ein Armutszeugnis, sondern auch eine Bankrotterklärung ist. Die Investitionsquote liegt in den alten Bundesländern 1997 bei durchschnittlich 13,2 %, wobei Bayern, das heute schon mehrfach erwähnt worden ist, mit 17,5 % deutlich macht, was möglich ist. Um nur den Durchschnitt der alten Flächenländer zu erreichen, müßte Nordrhein-Westfalen seinen Investitionshaushalt 1998 um rund 2 Milliarden DM aufstocken.

Wie? - Durch Umsteuern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die CDU-Fraktion hat dies in ihrem Antrag Drucksache 12/2556 vom 10. November 1997 aufgezeigt und eine solide Gegenfinanzierung durch Veräußerung von entbehrlichem Landesvermögen vorgeschlagen. Investitionen in eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur sind der Schlüssel zu sicheren Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft und in vielen damit verbundenen Branchen. Sie sind als Vorleistung für ein funktionierendes innovatives und wettbewerbsfähiges Wirtschaftsleben unverzichtbar und gleichzeitig ein sinnvolles Konjunkturprogramm.

(D)

Eine moderne Gesellschaft auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft braucht für ihre Bürger und ihre Unternehmen schnelle und zuverlässige Verkehrswege.

Mobilität ist der Trend weltweit und wird im 21. Jahrhundert zum entscheidenden Produktions- und Wettbewerbsfaktor, und, meine Damen und Herren, die Mobilitätsansprüche werden weiter wachsen.

Was aber geschieht in Nordrhein-Westfalen? - Die Straßen des Landes sind in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden. Für den

(Günter Langen [CDU])

- (A) Unterhalt, den Erhalt, den Um- und Ausbau sowie den Bau von Landesstraßen - wichtige Lückenschlüsse und notwendige Umgehungsstraßen - ist ein Investitionsstau in der Höhe von 1,5 Milliarden DM entstanden.

(Brigitte Speth [SPD]: Lückenschlüssel)

Wenn selbst Johannes Rimmel, der Kollege vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in einer dpa-Meldung am 2. September 1997 feststellt, in Nordrhein-Westfalen würden für Reparaturen und Unterhalt der Straßen jährlich 270 Millionen DM benötigt, dann wundert es mich, daß sich dies im Haushalt 1998 überhaupt nicht niederschlägt. Es wundert mich jedoch nicht, daß man in der "Westfalen-Post" am 28. Februar 1997 die Überschrift "Wir haben Straßen wie in der ehemaligen DDR" lesen kann oder daß die "Rheinische Post" am 23. Oktober 1997 die Überschrift "Straßenbau - der Standort Nordrhein-Westfalen ist in Gefahr" und dann als Untertitel "Öffentliche Hand muß mehr für Neubau und Erhaltung ausgeben, sonst laufen die Investoren weg" bringt.

Im gleichen Artikel bestätigt Wilfried Krüger, Geschäftsführer der "Aktionsgemeinschaft Straße", was wir übrigens kürzlich bei einem Gespräch mit den Vertretern der Handelskammern unseres Landes erfahren haben, daß nämlich etwa 11 % der Landesstraßen sofort repariert werden müssen. Er fährt fort - ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin -: "Wir kommen nicht weiter - auch mit Herrn Clement nicht."

- (B)

Wir geben einen Teil der Straßen dem Verfall preis. Heute werden in Nordrhein-Westfalen 16 000 Personen in der Bauindustrie und im Straßenbau beschäftigt; in den 70er Jahren waren es 40 000 Beschäftigte. Unter den Bundesländern ist Nordrhein-Westfalen mit Aufwendungen von 45 Pfennig je Quadratmeter Straße Schlußlicht. Selbst im rot-grün regierten Schleswig-Holstein wird fast das Doppelte aufgewandt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir, die CDU-Landtagsfraktion, beantragen deshalb, aus dem Kapitel 08 084 beim Titel 883 11 - Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen - den Ansatz von 55 Millionen DM um 60 Millionen DM auf 115 Millionen DM, beim Titel 883 12 - Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Millionen DM Gesamtkosten je Maßnahme - den Ansatz von 41 Millionen DM um 40 Millionen DM auf 81 Millionen DM und - das ist das Wichtigste - beim Titel 883 13 - Baumaßnahmen des Landesstraßenbauplans - den Ansatz von 130 Millio-

- nen DM um 70 Millionen DM auf 200 Millionen DM aufzustocken. (C)

Bei der letzten Position geht es insbesondere um Ortsumgehungen, die in erster Linie der Verkehrs- und Lärmberuhigung dienen. Die Bürger in unseren Städten und Dörfern haben kein Verständnis dafür, daß sie auf Jahre hinaus weiter mit dem Durchgangsverkehr leben müssen, weil eine rot-grüne Mehrheit den Bau von Umgehungsstraßen verhindert.

Beim Titel 653 10 - Entwurfsbearbeitung (einschließlich Planung) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen - fordern wir, den Ansatz von 140 Millionen DM um weitere 15 Millionen DM auf 155 Millionen DM aufzustocken, ---

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rimmel?

**Günter Langen (CDU):** Nein, ich möchte im Zusammenhang vortragen.

- um die Voraussetzungen - ich denke, es ist wichtig, darauf hinzuweisen - für die Durchsetzung der Vereinbarung Wissmann/Clement zum Ausbau der Fernstraßen im mittleren Ruhrgebiet - wir haben ja kürzlich darüber gesprochen - auch durchführen zu können. (D)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich weiß, daß mein verehrter Kollege Heini Hunger gleich alle Schuld auf Bonn schieben wird. Deshalb will ich gleich darauf hinweisen, daß der Verkehrshaushalt des Bundes größter Investitionshaushalt bleibt, daß die Investitionsquote gegenüber dem laufenden Jahr deutlich von 44 % auf 46,2 % steigt, so daß für Investitionen im Verkehrsbereich in Höhe von 19,7 Milliarden DM bereitgestellt werden; das sind 240 Millionen DM mehr als 1997.

Speziell die Aufstockungen des Straßenbauetats auf 8,3 Milliarden DM und Umschichtungen im Bundeshaushalt bewirken, daß für Bundesfernstraßen insgesamt 230 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen. Wäre es allerdings nach der SPD im Haushaltsausschuß des Bundes gegangen, hätte es eine Kürzung um 200 Millionen DM gegeben.

(Heinz Paus [CDU]: Hört, hört!)

(Günter Langen [CDU])

- (A) Dann wäre man beim Baubeginn für Ortsumgehungen der Bundesstraßen in dem gleichen Dilemma wie bei den Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen: Keine neue Maßnahme könnte begonnen werden.

Verkehrsförderung in Nordrhein-Westfalen findet im wesentlichen nur noch durch Bundesmittel statt: Rund 2,36 Milliarden DM werden allein für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs seitens des Bundes geleistet; das sind 70 Millionen DM mehr als in diesem Jahr. In Nordrhein-Westfalen dagegen gibt es neben den Kürzungen im Straßenbau auch weitergehende Kürzungen bei der Förderung des Schienenverkehrs im Bereich der NE-Bahnen und der Stadtbahnen. Die Mittel für die Luftfahrt sind auf das Mindestmaß der gesetzlichen Grundlagen zurückgeführt.

Die CDU fordert deshalb den Ansatz für Investitionszuschüsse für die 25 nicht bundeseigenen öffentlichen Eisenbahnen von 13 Millionen DM um 14 Millionen DM auf 27 Millionen DM zu erhöhen. Zur Erhaltung der wirtschaftlichen Standortqualität Nordrhein-Westfalens. Für die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene müssen ausreichende Investitionszuschüsse auch für nicht bundeseigene öffentliche Eisenbahnen gewährt werden.

(B)

Wir fordern außerdem beim Titel 892 77 - Landesinitiative Bahntechnik -, den Ansatz von 1 Millionen DM um 4 Millionen DM auf 5 Millionen DM zu erhöhen, um bei den 450 Unternehmen im Bereich der Bahntechnik mit über 60 000 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen Innovationen zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen auszubauen.

Wir fordern 10 Millionen DM für eine neu einzurichtende Titelgruppe 62 für den Ausbau und die Erneuerung von Flughäfen, um im Bereich der Regionalflugplätze und beim internationalen Flughafen Münster/Osnabrück zukünftig Ausbau- und Erneuerungsmaßnahmen durchführen zu können.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluß.

Günter Langen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Verkehrs-

haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich zu einem rot-grünen finanzpolitischen Steinbruch entwickelt. Minister Clement und die SPD-Fraktion haben sich den grünen Blockierern ergeben. Statt Schaffung von Arbeitsplätzen massive Arbeitsplatzverluste in der nordrhein-westfälischen Bauindustrie!

Im Interesse der staugeplagten Autofahrer, im Interesse der Wirtschaft unseres Landes, im Interesse der Arbeitsplätze in der Bauindustrie, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, im Interesse der Anlieger in den verstopften Durchgangsstraßen, im Interesse der Umwelt und im Interesse der Benutzer des öffentlichen Personennahverkehrs, im Interesse unseres Landes stimmen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen zumindest der SPD-Fraktion, unseren Forderungen zu! Dann, ja dann ---

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluß!

Günter Langen (CDU): Dann haben wir die Chance, daß unser Land Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle im Europa des 21. Jahrhunderts spielen wird. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun Kollege Hunger für die SPD-Fraktion.

Heinz Hunger (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich spielt unser Land Nordrhein-Westfalen eine zentrale Rolle mitten in Europa. Das wissen unsere Nachbarn. Diese zentrale Rolle, die wir mitten in Europa spielen, wollen wir weiter ausbauen, auch wenn eine solche Politik zumindest gegenwärtig noch von der Opposition ignoriert wird.

Kein Land hat in Strukturwandel und Förderung der Mobilität soviel investiert wie Nordrhein-Westfalen. Nur: Der Unterschied zwischen verantwortungsbewußtem Regierungshandeln und verantwortungsloser Polemik der Opposition besteht darin, daß wir uns am Machbaren orientieren und nicht die Menschen illusionieren, weil das nur zu Frust führt, wie das die Opposition ständig an ihren Wahlergebnissen feststellen kann.



(Heinz Hunger [SPD])

- (A) Die Menschen im Lande suchen nicht den tollsten Miesmacher. Die Menschen im Lande orientieren sich nicht an Fundamentalismus, sondern sie suchen Politiker, sie suchen gesellschaftliche Gruppen, die die Probleme mit ihnen gemeinsam lösen. Nur darin sehe ich auch eine Herausforderung, und nur da können wir Erfolg haben.

Deshalb ist die SPD-Fraktion dieser Landesregierung und besonders unserem Wirtschafts- und Verkehrsminister dankbar, daß er nach diesen Prinzipien und Kriterien handelt und das auch weiter tut.

Wir leisten mit dem Verkehrshaushalt für das Jahr 1998 trotz der allen bekannten Notwendigkeiten zum Sparen einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen.

Gerade die Investitionen im Verkehrsbereich - das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen -, sei es der Straßenneubau, seien es kleinere Erhaltungsmaßnahmen im Straßenbau, sei es der Radwegbau, sei es der Startbahnbau, helfen der Bauwirtschaft und den Menschen, indem sie Arbeitsplätze sichern oder sogar neue schaffen.

(Günter Langen [CDU]: Dann können Sie ja unserem Antrag zustimmen!)

- (B) Die Investitionsausgaben im Verkehrshaushalt des Wirtschaftsministeriums betragen rund 1,55 Milliarden DM. Herr Langen, ich wiederhole diese Zahl: 1,55 Milliarden DM. Vergleichen Sie das einmal mit Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein oder mit Bayern.

(Zuruf des Günter Langen [CDU])

Damit leisten wir einen deutlichen Beitrag zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

Die Ausgaben im Verkehrshaushalt konnten natürlich von den Sparnotwendigkeiten infolge einer schlechten und katastrophalen Steuerpolitik der Bundesregierung nicht unberührt bleiben. Mir liegt es fern, Verantwortlichkeiten nach Bonn zu schieben. Das interessiert die Menschen auch nicht. Aber festzuhalten bleibt, daß wir es mit dramatischen Steuereinbrüchen zu tun haben. Die Menschen wissen, wer die Verantwortung für die politischen Entscheidungen über steuerpolitische Maßnahmen trägt.

(Zuruf von der CDU)

Das ist der Bundesgesetzgeber, das ist die Bundestagsmehrheit. Diese Steuereinbrüche müssen

von uns, von den Ländern und von den Kommunen, verkraftet werden. (C)

Durch die Priorität für Strukturpolitik und Investitionen im Landeshaushalt ist es insgesamt gelungen zu erreichen, daß die Verkehrsausgaben fast gleichbleiben. Sie sinken um rund 5 Millionen DM im Jahre 1998. Das ist eine Summe von insgesamt 3,66 Milliarden DM.

Ein weiteres wesentliches Merkmal des Verkehrshaushaltes ist die Fortsetzung der Vorrangpolitik für den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienennahverkehr. Rund 85 % der veranschlagten Haushaltsmittel im Verkehrsbereich werden für den öffentlichen Personennahverkehr und die Schiene eingesetzt,

(Zuruf des Günter Langen [CDU])

während mit rund 530 Millionen DM, also 15 %, in den Straßenbau investiert wird.

Deutlicher als mit dem vorliegenden Verkehrshaushalt - unter Berücksichtigung der von uns in den Ausschußberatungen eingebrachten Anträge - kann man seine Prioritäten wohl nicht setzen. Neben der unmittelbaren Förderung von ÖPNV und SPNV in Nordrhein-Westfalen setzen wir aber auch noch andere deutliche Akzente: Wir brauchen eine verstärkte Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene. (D)

(Günter Langen [CDU]: Richtig.)

Davon redet diese Opposition nur hin und wieder. Deshalb haben wir gegenüber dem Entwurf den Titel für die Förderung von nicht-bundeseigenen Bahnen in den Ausschußberatungen erhöht. Wir wissen alle um die Potentiale zur Verlagerung von Gütertransporten, die es zu nutzen gilt. Ich nenne hier nur beispielhaft die Anbindung der in Bergisch-Gladbach angesiedelten Feinpapierwerke und die Bereitschaft der Beteiligten - einschließlich eines großen englischen Reederei- und Transportunternehmens - nicht nur große Mengen Güter statt mit dem Lkw mit der Bahn oder dem Schiff zu transportieren, sondern für die erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung auch in Vorfinanzierung zu treten.

In diesem Zusammenhang bin ich Herrn Minister Clement besonders dankbar dafür, daß er diese Aktivitäten seitens der Landesregierung voll unterstützt hat. Wir wollen darüber hinaus die Zusammenarbeit vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen in der Schientechnik, die Innovations- und internationale Konkurrenzfähig-

(Heinz Hunger [SPD])

- (A) keit auf diesem Gebiet, stärken. Deshalb haben wir den Ansatz für die Titelgruppe betreffend das Technologieprogramm Schienenverkehr im Verkehrshaushalt gegenüber dem Entwurf ebenfalls leicht erhöht.

Für die Verkehrssicherheit stehen in den nächsten fünf Jahren 5 Millionen DM zur Verfügung. Aus meiner Sicht kann man insgesamt sagen, daß dieser Verkehrshaushalt ein gutes Zeichen für die Verkehrs-, Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik im Rahmen unserer Möglichkeiten setzt. Unsere Verkehrspolitik fand und findet statt unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen eine leistungsfähige Infrastruktur benötigt, die Mobilität gesichert, die Umwelt geschützt und der Verkehr entsprechend gestaltet werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als letztes möchte ich mich den Anträgen der CDU zuwenden: Wir haben uns im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Fachausschuß mit diesen Anträgen beschäftigt und sie erörtert. Ich bin ganz ehrlich und gebe zu, daß Ansätze dieser CDU-Anträge durchaus vernünftig waren. Nur eines hat diese Opposition natürlich nicht hinbekommen und kann sie auch gar nicht hinbekommen, weil sie zu dem Zweck eine ganz andere Oppositionsstrategie betreiben müßte, nämlich konstruktive Oppositionspolitik statt nur Miesmacherei.

(B)

(Günter Langen [CDU]: Umsteuern, Herr Kollege.)

Weil die CDU nicht einen einzigen vernünftigen Deckungs- und Finanzierungsvorschlag unterbreitet hat, mußten wir ihre Anträge im Ausschuß ablehnen. Sie können hier und heute im Plenum im einzelnen überhaupt keine Rolle mehr spielen.

(Widerspruch bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend noch eine Bemerkung über unser Land, dies auch ein wenig mit dem Blick auf die Wirtschaftsdebatte, die eben stattgefunden hat: Diese Opposition hatte einmal einen anderen Führer. Der hieß Biedenkopf und ist heute erfolgreicher Ministerpräsident in Niedersachsen.

(Widerspruch und Lachen bei der CDU - Gegenrufe von der CDU)

Der damalige Oppositionsführer Biedenkopf hat noch im alten Landtag versucht,

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

den Menschen einzureden, daß man auf den nordrhein-westfälischen und auch bundesdeutschen Autobahnen insgesamt nur noch rote Möbelwagen sehen würde, von Menschen, die aus Nordrhein-Westfalen flüchteten. Ich kann nur sagen: Diese "Flucht" hat nicht stattgefunden. Diese Möbelwagen sind nie gerollt, rollen nicht und werden nie rollen. Wir sind gemeinsam mit den Menschen stolz auf unser Land. Das lassen wir uns von keiner Opposition miesmachen. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun der Kollege Eichenseher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Peter Eichenseher (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Langen, Sie machen es sich zu leicht, mit ihren Anträgen einfach alle Titel im Verkehrsbereich aufzustocken, manche sogar um 100 % oder mehr, ohne aufzuzeigen, woher das Geld kommen soll.

(Günter Langen [CDU]: Sie haben die Anträge nicht gelesen.)

Das, was Sie angeboten haben, ist nicht seriös. Denn klar ist doch: Wenn die Einnahmen dramatisch sinken, kann man nicht die Ausgaben drastisch ansteigen lassen. Das ist keine seriöse Haushaltspolitik. Das, was ich inhaltlich zu Ihrer Verkehrspolitik zu sagen habe, kommt gleich noch.

Die Beratungen zum Haushalt 1998 sind von einer verheerenden Lage auf dem Arbeitsmarkt überschattet.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist wohl wahr.)

Diese Haushaltsberatungen sind auch überschattet von einer desolaten Bonner Steuergesetzgebung, einer chaotischen Bonner Finanzpolitik. An dieser Bonner Politik leiden inzwischen alle Bundesländer, ganz gleich, ob sie SPD-, Rot-Grün- oder CDU-regiert sind. Wir haben eine dramatische Talfahrt bei den Einnahmen. Bei hoher Arbeitslosigkeit und gleichzeitig wegbrechenden Einnahmen verringern sich natürlich die Spielräume für eine arbeitsmarktpolitisch verantwortungsbewußte Politik. Die Arbeitsmarktprobleme werden immer schwerer lösbar.

(C)

(D)

(Peter Eichenseher [GRÜNE])

- (A) Für meine Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist die Verknüpfung zwischen Arbeitsmarkt und ökologischer Verkehrspolitik schon seit Jahren einer der wichtigen Schwerpunkte. Wir haben Instrumente entwickelt, um aus den Sackgassen der traditionellen Wirtschafts- und Verkehrspolitik herauszukommen. Neue, bereits spürbare und wirksame Ansätze finden sich inzwischen im Landeshaushalt NRW wieder.

Wie kann Verkehrspolitik in den Arbeitsmarkt positiv und vor allem nachhaltig eingreifen? Die Meinungen hierzu gehen naturgemäß weit auseinander. Auf der "traditionellen Seite" - so möchte sie einmal bezeichnen - gibt es die alte Vorliebe, den Staat an die Stelle der Unternehmen treten zu lassen. Dieses Modell sieht dann direkte Lohnsubventionen oder unmittelbar staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme vor. Dieser Versuch kann kurzfristig hilfreich und erfolgreich sein, aber eben nur kurzfristig, um strukturelle Härten oder Umbrüche in einzelnen Branchen zu mildern. Langfristig aber muß dieser Versuch aus dem trivialen Grund, den ich anfangs nannte, scheitern: Die Einnahmen gehen zurück. Dem Staat geht das Geld für Beschäftigungsprogramme aus. Dieser Versuch der traditionellen Wirtschaftspolitik muß aber auch scheitern, weil die entsprechenden Ausgaben konsumtiv sind und letztlich keine Folgeinvestitionen in der privaten Wirtschaft auslösen.

- (B)

Deshalb stehen wir einigen Ansätzen im Einzelplan 08 kritisch gegenüber. Ein Beispiel: Das Programm "Sicherheit und Service im ÖPNV" ist ein staatliches Beschäftigungsprogramm traditionellster Prägung. Für fünf Jahre übernimmt die Landeskasse mit durchschnittlich 30 Millionen DM pro Jahr den größten Teil der Lohnkosten für die Sicherheitskräfte, die in S-Bahnen und in Bahnhöfen für mehr Sicherheit und für die Vermeidung von Vandalismusschäden sorgen sollen.

Inhaltlich ist gegen diesen Ansatz überhaupt nichts einzuwenden; denn natürlich brauchen wir mehr Sicherheit, wir brauchen mehr Sauberkeit und mehr Service im ÖPNV. Hier müssen sich aber unserer Meinung nach die Verkehrsunternehmen stärker als bisher engagieren. Denn es kann nicht Aufgabe des Landes sein, Defizite der Bahn AG, die sich ja gerade aus diesem kundennahen Bereich - nämlich Service, Verkauf, Zugbegleitpersonal - zurückzieht, auszugleichen oder gar die Sozialpläne der DBAG mit zu bezahlen.

Es fiel uns besonders schwer, den Ansatz dieses Programms "Sicherheit und Service im ÖPNV" mitzutragen, weil im Haushaltsentwurf 1998 gleichzeitig andere, innovativ und arbeitsmarktpolitisch nachhaltig wirksame Programme genau in dem gleichen Umfang, nämlich in der Höhe von 30 Millionen DM, zurückgefahren werden.

(C)

Lassen Sie mich über die neuen Instrumente, die arbeitsmarktpolitisch sehr viel wirksamer sind, kurz sprechen. Mit zwei neuen und in ihrer Qualität einzigartigen Programmen haben wir versucht, neue Wege bei der Verbindung von Verkehrspolitik und Arbeitsmarkt zu gehen. Das ist zum einen die Innovationsförderung mit dem neuen Technologieprogramm Schienenverkehr und zum anderen die Förderung der nicht bundeseigenen Bahnen, also die Förderung des Schienengüterverkehrs. Beide Programme haben bei den Unternehmen im Lande außerordentlich viel Bewegung ausgelöst.

Mit dem Technologieprogramm Schienenverkehr ist uns ein qualitativ neuer Einstieg in die Schienenverkehrs- und Wirtschaftsförderung gelungen. Das bestätigen Stellungnahmen der Verkehrsunternehmen selbst, des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen und auch der Gewerkschaften. Wir wollen damit die Innovationskraft und die Exportchancen der Bahntechnikunternehmen in Nordrhein-Westfalen stärken. Die Resonanz gibt uns recht.

(D)

Der Bahn-Gipfel, der zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen die Bedeutung der Bahntechnik und die enormen Entwicklungschancen dieser Branche im Mai 1998 darstellen wird, wird die Leistungen dieser Landesregierung als auch der Branche endlich ins rechte Licht rücken und in ihrer Bedeutung angemessen darstellen. Die Branche Bahntechnik - meine Vorredner haben darauf hingewiesen, welche hohe Arbeitsmarktbedeutung sie in Nordrhein-Westfalen hat - lebt von Innovation. Klar ist, daß nur die innovationsstärksten Standorte eine Chance zum Überleben haben. Deshalb müssen wir Innovation stärken und weniger Protektion betreiben.

Das zweite Programm, das ich ansprechen will, ist die Förderung des Schienengüterverkehrs. Dieses Programm hat ebenfalls in sehr kurzer Zeit eine enorme Dynamik im Lande entwickelt. Trotz der enormen Wettbewerbsverzerrung zwischen Straße und Schiene, die man ja nur in Bonn korrigieren könnte, hat dieses bescheidene Förderprogramm des Landes eine Innovationsbereit-

(Peter Eichenseher [GRÜNE])

- (A) schaft von sage und schreibe 200 Millionen DM bei den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen aufgelöst.

Wenn wir dieses Programm erfolgreich durchziehen - und ich bin zuversichtlich, daß wir es bis zum Jahre 2000 schaffen -, werden wir eine Menge von 3 Millionen Jahrestonnen an Gütern von der Straße auf die Schiene verlagern können. Das ist konkrete ökologische Verkehrspolitik, Herr Langen, und nicht Ihr Wunschdenken, mehr Geld von irgendwoher zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will nicht verhehlen, daß wir etwas bestürzt waren, als der Entwurf des Landeshaushalts 1998 auf den Tisch kam. Ausgerechnet diese beiden Programme, die ich als ausgesprochen innovativ und erfolgreich kennzeichnen will, wurden um 50 % gekürzt. Man kann Vermutungen anstellen, warum - ob hier die Traditionalisten am Werke waren oder ob es darum ging, den GRÜNEN etwas zum Kämpfen zu geben. Natürlich haben wir beide Programme verteidigt und auch dafür gesorgt, daß die Kürzung nicht derart radikal ausfiel.

- (B) Meine Fraktion hat sich in den Verhandlungen sehr vehement für die Wiederherstellung der ursprünglichen Ansätze eingesetzt. Wir haben es zum Teil geschafft, leider nicht in vollem Umfang. Wir sind auf eine nicht sehr gesprächsbereite SPD-Fraktion gestoßen, aber es ist uns immerhin gelungen, den um 50 % gekürzten Ansatz um 4 Millionen DM wieder aufzustocken. Vor allem ist es uns gelungen, die Verpflichtungsermächtigungen um 10 Millionen DM zu erhöhen. Denn eines ist wichtig: Wir müssen diese arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkte verstetigen. Wir dürfen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft keinen Zick-Zack-Kurs zumuten, indem wir in einem Jahr starten, im nächsten Jahr stark kürzen und für das übernächste Jahr nicht sagen, wie es weitergeht.

Ich bedaure, daß uns die SPD-Fraktion hier nicht mehr unterstützt hat, denn, wie gesagt, es sind wichtige verkehrspolitische und arbeitsmarktpolitische Ziele, die im Konsens der Koalition bestehen.

Ich möchte nun aber zum sehr viel größeren Umfang des Einzelplans 08 kommen, der völlig unstrittig ist. Diese Koalition hat in den ersten zweieinhalb Jahren ganz wesentliche Neuorientierungen für den öffentlichen Personennahverkehr an-

gestoßen. Bei der Aufstellung des ÖPNV-Bedarfsplanes setzen wir neue Schwerpunkte. Der künftige ÖPNV-Bedarfsplan wird erstmals auch Gebiete außerhalb der Ballungsräume berücksichtigen. Damit ergeben sich neue Perspektiven für den Schienenverkehr in der Fläche, der lange Jahre sehr stark unter Auszehrung gelitten hat. Zudem wird die Landesförderung für die ÖPNV-Infrastruktur auf 90 % erhöht. Die Kommunen tragen künftig nur noch 10 % dieser Investitionen. Damit erleichtern wir kommunale Investitionen für den ÖPNV.

Die Regionalisierungsmittel in Höhe von 1,2 Milliarden DM pro Jahr bleiben in vollem Umfang auch 1998 für die Schiene vorbehalten. Das ist für uns ein ganz entscheidender Markstein, um Streckenstilllegungen zu verhindern. Man kann mittlerweile, nach zweieinhalb Jahren, sagen: Es gibt eine Trendwende für die Schiene in der Fläche. Diese Trendwende ist in Nordrhein-Westfalen gelungen; andere Länder beneiden uns darum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als drittes und letztes etwas, was in der Koalition völlig unstrittig ist und worauf wir auch stolz sein können: Im Mai 1998 wird landesweit in Nordrhein-Westfalen der integrale Taktfahrplan eingeführt. Mit dieser im Koalitionsvertrag vereinbarten Einführung des integralen Taktfahrplans werden in allen Regionen des Landes die Angebote und Anschlüsse des Schienenpersonennahverkehrs deutlich verbessert. Es wird kürzere Reisezeiten geben, verbesserte Anschlüsse, längere Bedienungszeiten. Mit dieser Umsetzung des integralen Taktfahrplans wird der Nahverkehr attraktiver und in vielen Räumen auch eine echte Alternative zum Auto.

Diese Mehrleistung von über 9 % an Zugkilometern muß natürlich finanziert werden. Ich bin froh, daß uns im Konsens ein Finanzierungsmodell gelungen ist, das vor allem - das war uns sehr wichtig - die Kommunen nicht zusätzlich belastet. Wir koppeln diese Finanzierung an die Gegenleistung, die wir seit Jahren erbringen, nämlich die Schienenfahrzeugförderung für die Bahn AG. Die Bahn AG hat sich dafür verpflichtet, für die nächsten fünf Jahre diese Mehrleistung zu fahren.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Der Bestellung dieser zusätzlichen 7 Millionen Zugkilometer im Jahr 1998 steht somit nichts

(C)

(D)

(Peter Eichenseher [GRÜNE])

- (A) mehr im Wege. Mit der Einführung des ITF - und ich glaube, auch mit der Verabschiedung dieses Einzelplans 08 - haben wir einen ganz wesentlichen Beitrag zur Sicherung und zur Stärkung des ÖPNV im Lande geleistet. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Kollege Eichenseher. - Für die Landesregierung spricht der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herr Clement.

**Wolfgang Clement,** Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um an den Anfang zurückzukehren, Herr Kollege Langen, und dieses wunderbare Spiel des Vergleichs der Standorte in Deutschland fortzusetzen: Ich denke, wir stimmen in einem überein, nämlich darin, daß die Staus um München oder um Stuttgart oder um Köln oder um Düsseldorf oder im Ruhrgebiet sich eigentlich kaum unterscheiden, jedenfalls nicht für die Leute, die in den Autos sitzen oder drumherum wohnen und die Abgase konsumieren.

- (B) Wir sind uns sicherlich ziemlich einig - und das sollten wir dann auch gar nicht so großartig thematisieren -, daß diese Staus jedenfalls auch eine außerordentliche Wirtschaftskraft der Räume ausdrücken, in denen sie sich abspielen. Deshalb sollten wir auch keine Krokodilstränen über den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen vergießen; der ist sicherlich nicht gefährdet.

Wenn ich mir die Bundesfernstraßen anschau, werden Sie mich nicht abhalten, daran zu erinnern - das muß der Kollege Meyer dann gelegentlich auch noch einmal ertragen -, daß Herr Ministerpräsident Stoiber auf Nordrhein-Westfalen verweist, wenn er über ein besonders hochentwickeltes Autobahnnetz spricht.

(Zuruf des Günter Langen [CDU])

- Es gibt keine Region in ganz Europa, die ein derart dichtes Autobahnnetz hat wie wir.

(Günter Langen [CDU]: Wir haben einen Ballungsraum!)

Deshalb - weil ich jetzt gern unsere Verkehrspolitik erläutern möchte - will ich jedenfalls aus meiner Sicht schon sagen, daß dieses Autobahnnetz natürlich seine Grenzen erreicht hat. Hier geht es

nicht mehr darum, im Autobahnbereich etwas zuzubauen. Es geht um letzte Lückenschlüsse; das haben wir oft genug diskutiert. Ansonsten geht es darum, dieses Autobahnnetz zu optimieren. Überwiegend geschieht das ja zur Zeit zum Ärger vieler Nutzer, die dadurch von Staus betroffen sind, daß an den wichtigsten Autobahnen ein sechsstreifiger Ausbau stattfindet. Das ist zunächst einmal eine vernünftige Entwicklung, allerdings auch der Punkt, an dem wir erkennen müssen, daß wir an den Grenzen sind.

Das heißt: Im Grunde gilt das, was die Dichte angeht, genauso für das Landesstraßennetz. Es gibt kein dichteres Landesstraßennetz. Sie können sich in Schleswig-Holstein umschaun, wo ich mich auch ein bißchen auskenne. Ich glaube, wir sind hier ziemlich dicht asphaltiert.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es hat keinen Zweck, daß wir uns etwas vormachen: Auch da stoßen wir an Grenzen.

Worum es im Landesstraßenbau geht - ich sage das jeweils aus meiner Sicht; das ist aber auch die Sicht meiner sozialdemokratischen Freunde -, ist, in besonders belasteten Ortschaften Ortsumgehungen zu bauen,

(Beifall bei der SPD)

und zwar da, wo es wirklich unerträglich wird. Das ist unsere Aufgabe. Es geht nicht um den Neubau von Straßen. Lassen Sie uns hier keinen falschen Eindruck erwecken!

Ich will Ihnen ganz klar sagen, damit wir nicht aneinander vorbeireden: Ich hätte auch gern mehr Geld - wer hätte das denn nicht? -, um für den Erhalt der Straßen in Nordrhein-Westfalen rascher mehr tun zu können. Darüber besteht gar kein Zweifel! Die Landesstraßen sind teilweise in einem bedenklichen Zustand. Sie sind natürlich nicht mit der ehemaligen DDR vergleichbar. Das ist alles Kappes! Das wissen Sie genauso gut wie ich. Aber der Zustand der Landesstraßen ist teilweise bedenklich. Wir haben das ja auch gutachterlich belegt, und wir müßten eigentlich dort mehr investieren. Wir haben das Geld zur Zeit nicht und sind deshalb nur in der Lage, was die Erhaltung unserer Straßen angeht, auf dem Niveau von 1997 weiterhin unsere Mittel einzusetzen. Mehr ist nicht vorhanden!

Ich habe, wie Sie wissen, einen Weg in die Diskussion gebracht, nämlich im Bereich des Landesstraßenbaus an besonderen Projekten private

(C)

(D)

(Minister Wolfgang Clement)

(A) Vorfinanzierungen zu erwägen. Das diskutieren wir auch weiter; das diskutiere ich mit dem Finanzminister, der grundsätzlich diesem Weg offen gegenübersteht, und das diskutieren wir in der Koalition. Es ist, wie ich denke, auch vernünftig, das zu diskutieren. Dadurch könnte man dann möglicherweise Mittel gewinnen, um rascher mehr zum Erhalt unserer Landesstraßen tun zu können. Das ist der einzige Weg, den ich sehe.

Man muß sich aber, wenn man sich unser Straßennetz in Nordrhein-Westfalen anschaut, klar sein: Das Autobahnnetz ist das dichteste Europas. Wir haben über 2 000 Kilometer Autobahnen, in den wichtigsten Teilen jetzt im sechsspurigen Ausbau, von Leverkusen zum Heumarer Dreieck achtspurig in der Planung. Wir sind an den Grenzen. Das gleiche gilt für den Landesstraßenbau auch.

Dann muß man sich vor Augen führen, daß wir die Verkehrssysteme jetzt - das ist die Hauptaufgabe - besser miteinander vernetzen müssen: die Straße, die Schiene und den Luftverkehr und, was den Güterverkehr angeht, das Wasser, den Luftverkehr und die Schiene ebenfalls. Das ist aus meiner Sicht unser Hauptjob.

(B) Das zweite, was ich dazu sagen möchte: Das ist nicht alles eine Frage des öffentlichen Geldes. Das habe ich vorhin schon beim allgemeinen Wirtschaftshaushalt gesagt, und das wiederhole ich. Schauen Sie sich die Entwicklung am Flughafen Düsseldorf an: Was hier investiert werden muß - und das sind ja Milliarden -, ist nicht unbedingt und zwingend durch öffentliches Geld zu mobilisieren. Das kann nicht und muß auch nicht sein, sondern dort sind private Wege möglich. Sie wissen ja, daß wir diesen Weg beschreiten, und den werden wir auch am Flughafen Köln zu beschreiten versuchen.

Das dritte: Wir geben nicht weniger, sondern mehr für den öffentlichen Personennahverkehr aus. Ich glaube, daß wir hier eine gewaltige Anstrengung erbringen, um in einem großen Flächenland einen öffentlichen Personennahverkehr, der diesen Namen verdient, unterhalten und verbessern zu können. Aber auch da muß ich sagen: Wenn wir einen Sprung bewirken wollten, der den öffentlichen Personennahverkehr in den Ballungsräumen insbesondere bei uns in eine Nutzung wie in London oder Paris oder meinetwegen auch nur wie in Berlin oder Hamburg brächte, dann bräuchten wir schlicht mehr Geld. Dann bräuchten wir - was ich schon mehrfach darge-

legt habe - beispielsweise 10 Pfennig aus der Mineralölsteuer gleich 1,7 Milliarden DM für Nordrhein-Westfalen pro Jahr, die hier investiert werden müßten, wenn wir auf ein solches Niveau kommen wollen. (C)

Dann muß man aber auch sagen, woher das kommen soll. Ich vermute, daß Sie wieder mit Ihrem Finanzierungsvorschlag "Veräußerung der WestLB" kommen.

(Zurufe von der CDU)

- Das ist ja das Ritual, in dem wir uns hier immer bewegen. Dieser Vorschlag wird bei uns deshalb nicht auf Gegenliebe stoßen, weil wir der Überzeugung sind, daß die WestLB mehr zur strukturellen Entwicklung und damit zur Sicherung und zum Gewinn von Arbeitsplätzen beiträgt als irgend eine andere wirtschaftsstrukturelle Einrichtung, die wir hier schaffen können.

Wenn ich mir vor Augen führe - wenn mir dieser kleine Ausflug einmal erlaubt ist -, daß wir jetzt die gewaltigsten Bankenzusammenschlüsse aller Zeiten erleben, dann glaube ich - jedenfalls gebe ich das zu bedenken -, daß es immer wichtiger wird, daß hier in Nordrhein-Westfalen eine Landesbank existiert, die strukturelle Gesichtspunkte dieses Landes beachtet und in ihre Entscheidungen einbezieht. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube jedenfalls, daß es aus der Interessenslage des Landes gut ist, wenn man demnächst nicht nur auf eine Riesenbank in der Schweiz und auf eine andere Riesenbank in Frankfurt angewiesen ist, sondern daß es aus der Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen außerordentlich wichtig ist, uns dieses Instrument zu erhalten. Von dort werden wir also dieses Geld für den Haushalt jetzt nicht bekommen,

(Zuruf des Günter Langen [CDU])

sondern dazu, Herr Kollege Langen, sind politische Prioritätenentscheidungen zugunsten des Schienenverkehrs notwendig.

Da glaube ich, daß wir in diesem Haushalt, wenn auch mühsam, wenn auch peu à peu - da kann ich sehr wohl verstehen, was der Kollege Eichenhofer sagt: daß wir da mehr Geld investieren müßten; auch da bräuchten wir mehr -, die richtigen Weichenstellungen vornehmen zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs und: mit dem Aufbau eines eigenen Güterverkehrssystems

(Minister Wolfgang Clement)

(A) auf den Werksschienen, die im Ballungsraum liegen.

2 500 Kilometer Werksschienen liegen im Rhein-Ruhr-Raum, 2 500 Kilometer, die wir dringend für den Güterverkehr nutzen müssen. Denn selbst bei den Vorschlägen, die Sie gemacht haben, werden wir es nicht einmal schaffen, den Zuwachs an Güterverkehr auf der Straße zu verkraften. Vielmehr müssen wir ihn dringend auf die Schiene bringen, und dazu haben wir in Nordrhein-Westfalen mit den dort liegenden Werksschienen die besten Voraussetzungen. Kein anderer Ballungsraum hat solche Chancen, das zu nutzen, was hier bereits an Verbindungen liegt.

So sehr ich mit dem Kollegen Eichenseher in den einzelnen Punkten, die er hier dargestellt hat, übereinstimme - zu dem, was wir im Bereich der Bahntechnik auf den Weg gebracht haben, und zu dem, was unter dem Stichwort "Integraler Taktfahrplan für Fern- und Nahverkehr" bevorsteht -, so wenig vollziehe ich nach, was Sie, Herr Kollege Eichenseher, zum Thema Sicherheit und Service gesagt haben.

(B) Zur Attraktivität des Nahverkehrs in Nordrhein-Westfalen wie in allen anderen Regionen der Welt gehört - leider ist das so -, daß die Nutzerinnen und Nutzer, diejenigen, die mit der Straßenbahn, dem Bus, der U-Bahn, der S-Bahn oder dem Regionalenzug fahren, sich dort auch sicher fühlen können, vor allen Dingen auch abends in der Dunkelheit, daß sich vor allen Dingen auch Frauen und Kinder sicher fühlen können.

Deshalb glaube ich, daß unser Vorschlag vernünftig ist, 30 Millionen DM dafür einzusetzen, daß mit zusätzlichen Service- und Sicherheitsleistungen im Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen begonnen werden kann. Herr Kollege Eichenseher, ich will da nicht spötteln, aber wenn ich manche Anträge Ihrer Fraktion im konsumtiven Bereich zu Fragen der sozialen Sicherung sehe, dann wundert mich die Klarheit, mit der Sie dies hier in Frage stellen, doch etwas, während das beispielsweise im Bereich der Arbeitsmarktpolitik von Ihnen seltener geschieht, um es vorsichtig zu sagen.

Ich glaube schon, daß wir diese Anstoßwirkung des Geldes brauchen, um im Service- und Sicherheitsbereich im Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen nennenswert weiterzukommen. Ich verspreche mir durch den Einsatz von einigen hundert

Menschen, die in diesem Sektor tätig sind, (C) durchaus eine Verbesserung der Situation. Wenn wir Menschen haben, die acht darauf geben, was in unseren Bahnen und Bussen geschieht, können sich die Fahrgäste sicherer fühlen.

Im übrigen schaffen wir dadurch einige hundert Arbeitsplätze. Herr Kollege Eichenseher, so sehr Sie recht haben, daß es darauf ankommt, im technologischen Bereich, im industriellen Bereich Arbeitsplätze zu schaffen: Wir werden es ohne die Dienstleistungen nicht schaffen. Im Verkehrsbereich liegt eine der größten Chancen für Service und damit für Dienstleistungen und damit für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Wir möchten diese Chance in Nordrhein-Westfalen jetzt nutzen. Ich glaube, angesichts der Arbeitsmarktsituation und der Situation im Nahverkehr ist es höchste Zeit. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Minister Clement. - Zu dem Komplex "Verkehr" im Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung. (D)

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar über den gesamten **Einzelplan 08** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2608**. Wer für diese Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2607 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/2673 und 12/2674.

Wir beginnen mit